

SOWI-ARBEITSPAPIER NR. 72

Jürgen Kuhlmann,
Ekkehard Lippert

ARMEE OHNE MARSCHZAHL?
ZU ENTWICKLUNG UND ZU-
KUNFT DER BUNDESWEHR

München, Januar 1993

I N H A L T

Vorbemerkung

1. Militärpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik
2. Zur soziokulturellen Entwicklung in Westdeutschland seit 1945
 - 2.1 Gesellschaftlicher Wandel
 - 2.2 Sozialer Wandel und Wertewandel
 - 2.3 Sicherheitsbegriff und Bedrohungswahrnehmung
3. Phasen der Bundeswehr-Entwicklung
4. Die Bundeswehr in den Jahren des Kalten Krieges
 - Trends und Strukturen
 - 4.1 Berufsbild und Berufsmotivation
 - 4.2 Öffentliche Meinung und Bundeswehr
 - 4.3 Arbeitsplatz "Bundeswehr"
 - 4.4 Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst
 - 4.5 Soldatinnen für die Bundeswehr?
5. Deutsche Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges
 - 5.1 Gesellschaftliche Funktionserwartungen an die Streitkräfte
 - 5.2 Allgemeine Wehrpflicht auf immerdar ?
 - 5.3 Nach Vereinigung und Golfkrieg: Die Bundeswehr auf der Suche nach einer Identität

Vorbemerkung

Kein Zweifel: die politische Entwicklung seit dem Fall der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenzzäune im November 1989 hat der Bundeswehr einen tiefgreifenden Umbruch beschert. Dieser fällt deshalb besonders schwerwiegend aus, weil sich in Deutschland seit einigen Jahren ohnehin deutlich erkennbar zeigte, daß Struktur und Auftrag der Streitkräfte reformbedürftig sind.

Die Bundeswehr des vereinten Deutschlands soll, wie vertraglich vereinbart, ab 1995 auf eine Personalstärke von höchstens 370.000 Mann zurückgenommen sein. Auf mittlere Sicht wird sie wohl weiter verringert werden. Das Territorium des ehemaligen Gegners DDR ist nun dem Schutz der Bundeswehr anempfohlen. Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee - soweit, sie übernommen wurden - sollen integrierter Teil der Bundeswehr werden.

Mehr als vier Jahrzehnte lang hatte der Ost-West-Gegensatz die militärische Sicherheitssituation in Europa bestimmt. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat die perlen-schnurartige Aufreihung der NATO-Verbände an der deutsch-deutschen Grenze ihren Sinn verloren - die weit ins westliche Hinterland reichenden logistischen Verbindungen sind kaum noch erforderlich. Alte Bedrohungs- und Feindbildvorstellungen verblassen: Die Bundeswehr benötigt dringend eine Neuformulierung ihres Auftrages.

In ihrer Geschichte hatte sich die Bundeswehr schon mehrmals grundlegend neu zu organisieren. Etwa alle zehn Jahre verlangten Militärdoktrin und/oder politische Vorgaben von der Bundeswehr erhebliche Korrekturen ihres militärischen Auftrags und ihrer Binnenstruktur. Stets von mehr oder weniger lautem Knirschen im Organisationsgefüge begleitet, wurden Änderungen aber letztlich dann doch ausreichend bewältigt. Vergleichbar einfach dürfte es allerdings diesmal nicht abgehen. Die anstehende Neuordnung läßt sich an keinem historischen Vorbild ausrichten - womit die suchende Unsicherheit der politischen und militärischen Führung zum Teil erklärbar ist. Darüber hinaus sind die zivil-militärischen Wechselbeziehungen in einem Wandel begriffen - das Militär sieht sich mehr denn je in der Pflicht, seine eigene Existenz begründen zu müssen.

Diese gesellschaftlichen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf die Bundeswehr bilden den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen. Ihnen schließt sich ein idealtypisches Phasenmodell der Bundeswehr-Entwicklung an. Ausgewählte Aspekte des Modells werden ausführlicher erläutert. Den Schluß bilden einige Hypothesen über den Weg, den die Bundeswehr "nach dem Ende des Kalten Krieges" wohl einschlagen muß, will sie ihrem Auftrag weiterhin nachkommen, "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen."

1. Militärpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik.

Obgleich die historischen Wurzeln heutiger Streitkräfte bis in die vorindustrielle Zeit zurückreichen, ist ihre militärische Organisationsform und -kultur wesentlich vom Industriezeitalter geprägt. Nicht nur die an Streitkräfte gerichteten Funktionserwartungen sind Resultat gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Auch die Herausbildung und das Erscheinungsbild des Berufs des Soldaten kann man hinreichend nur vor

dem Horizont gesellschaftlichen Wandels verstehen. Dabei sind die zivil-militärischen Beziehungen keine Einbahnstraße. Der jeweilige Stand der "Kriegsdisziplin" zeigt umgekehrt immer auch Auswirkungen auf die "Staats-, Wirtschafts- und eventuell Familienverfassung".¹ Wegen dieser engen Wechselwirkung ist Sicherheits- bzw. Militärpolitik stets auch als Gesellschaftspolitik zu begreifen. Leopold von Wiese hat, noch unter dem Eindruck der Greuel des Zweiten Weltkrieges, auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht. seine programmatische Schrift "Die Entwicklung der Kriegswaffe und ihr Zusammenhang mit der Sozialordnung"² erhielt allerdings nicht die Beachtung, die sie eigentlich verdient hätte. Ein Impuls, das wissenschaftliche Feld der zivil-militärischen Wechselbeziehungen in der Folgezeit wissenschaftlich systematisch weiter zu bearbeiten, ging von ihr nicht aus.

2. Zur soziokulturellen Entwicklung in Westdeutschland seit 1945

2.1 Gesellschaftlicher Wandel

Die gesellschaftlichen Veränderungen im westlichen Deutschland der Nachkriegszeit gingen lange Zeit von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt vor sich. Ihre Auswirkungen auf die Bundeswehr wurden nur am Rande zur Kenntnis genommen. Erst als sich in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren eine Verunsicherung über die weitere Verbindlichkeit Überkommener gesellschaftlicher Werte einstellte, empfand man den Bruch in der Kontinuität. Der "Wertewandel" wurde zu einem Schlagwort.

Mit dem "erdrutschartigen Wertewandel"³ hin zu den plakativ so genannten "postindustriellen" Werten⁴ korrespondiert der Übergang von der Industriegesellschaft zur "Risikogesellschaft".⁵ Das soziale Klima in der seit dem 19. Jahrhundert dominierenden Industriegesellschaft, verstanden als Industrieproduktionsgesellschaft, war bestimmt von Werten wie "Eigentum", "Wohlstand" und "soziale Sicherheit". Die Folgen industrieller Produktion für die Gesellschaft wurden eher gering eingeschätzt oder in Kauf genommen. Ihre Auswirkungen galten als räumlich, zeitlich und sozial verträglich. Die Verantwortlichkeiten dafür waren jeweils eindeutig geregelt. Zwischen kontrollierbaren Risiken und unkontrollierbaren Konsequenzen, den Gefahren, meinte man unterscheiden zu können.

In der Risikogesellschaft, dem sich seit Mitte der achtziger Jahre mehr und mehr abzeichnenden Gesellschaftstyp, ist eine eindeutige Trennung zwischen Risiken und Gefahren kaum noch möglich. Es ist kennzeichnend für diese Industriefolgengesellschaft, daß die Konsequenzen industrieller Produktion und die nahezu zwangsläufig auftretenden Industrieunfälle immer häufiger außer Kontrolle geraten. oft kann es nurmehr darum gehen, die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Störfällen so gering wie eben möglich zu halten. Weil die Verursacher der unmittelbaren Unfallfolgen und der Kollateralschäden nicht mehr eindeutig zu identifizieren sind, fallen die Gefahren

¹ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Grundriß der verstehenden Theorie, Tübingen 1972, 686.

² Köln 1953.

³ Helmut Klages, *Indikatoren des Wertewandels*, in: Rosenstiel/Einsiedler/Streich (Hrsg.), *Wertewandel als Herausforderung für die Unternehmenspolitik* 1989, Stuttgart 1987.

⁴ Erstmals: Ronald Inglehart, *The Silent Revolution*, Princeton N.Y., 1977

⁵ Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/M. 1986.

nicht mehr unter die gewohnte Zuständigkeit von Recht, Technik und Politik. Es stellen sich Fragen nach der weiteren Tauglichkeit des staatlichen Rechtssystems und der Gültigkeit der demokratisch-politischen Autorität.⁶ Allein diese Fragen geben Anlaß, die weitere Verbindlichkeit des herkömmlich um die Schlüsselbegriffe der "Sicherheit", der "Macht" und des "Eigentums" gruppierten Wertesystems der Gesellschaft zu bezweifeln.

2.2 sozialer Wandel und Wertewandel

Das Konzept der Risikogesellschaft kann Hinweise dafür liefern, warum die herkömmlichen gesellschaftlichen Werte heute zunehmend fraglich werden. Welche anderen Werte an die Stelle der alten treten, mag ein kursorischer Blick auf die folgenden Indikatoren sozialen Wandels erklären.⁷

- -In der Altersgruppe der 20- bis 25-jährigen jungen Erwachsenen hatten im Jahre 1982 58 % den niedrigsten formalen Schulabschluß (Volks- oder Hauptschule). Nur fünf Jahre später, 1987, hatte sich dieser Anteil auf 48% verringert. Fachhochschul- oder Hochschulreife hatten 1987 16 % erworben, gegenüber nur 11,5 % im Jahre 1982. Um diese Entwicklung in einem längerfristigen Trend zu verorten: Im Jahre 1950 lag in der Bundesrepublik der Prozentsatz derjenigen mit der niedrigsten formalen Bildung (Volksschulabgänger) noch bei über 90 %.
- Der relative Anteil der Studenten an der gleichaltrigen Bevölkerung hatte im Jahre 1970 noch 9,5 % betragen. Im Jahre 1987 lag der entsprechende Wert bei 19,1 %. In absoluten Zahlen stellt sich dieser Trend dramatisch dar: Zwischen 1970 (rund 500 Tausend Studenten) und 1990 (1.6 Millionen Studenten) hat sich die Zahl der Studierenden verdreifacht. Die Zahl der Studierenden übertraf 1990 zum ersten Mal die der Auszubildenden.
- Bei den erwerbstätigen Männern nahm die Wochenarbeitszeit seit 1957 von 48,3 auf 41,2 Stunden im Jahre 1983 ab. Derzeit wird zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die gewerkschaftliche Forderung nach der 35Stunden-Woche verhandelt.
- Von den rund 5.900 wachen Stunden des Jahres 1950 waren in Deutschland noch durchschnittlich rund 2700 für die Berufsarbeit bestimmt. Mit Freizeit wurden annähernd 1600 Stunden verbracht. 40 Jahre später, 1990, hat sich die Rangfolge zwischen Arbeit und Freizeit umgekehrt. Freizeit beansprucht jetzt 2100 Stunden, Arbeit nurmehr 2000 Stunden.

Schon diese wenigen sozialstrukturellen Veränderungen lassen Wandlungen im Bewußtsein der betroffenen Menschen vermuten. Dabei muß offen bleiben, was Anlaß und was Folge ist. Die "Bildungsexplosion" seit den fünfziger Jahren beispielsweise wäre sicherlich nicht eingetreten, wenn ihr nicht eine Veränderung des Interesses an Bildung und ein stärkerer Anreiz zu sozialem Aufstieg vorausgegangen wären. Andererseits war die erweiterte Bildungsbeteiligung auch ausgelöst durch ein bis dahin nicht gekanntes größeres Angebot und Potential an beruflichen Chancen.

⁶ Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Überlebensfragen, Sozialstruktur und ökologische Aufklärung. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36/89.

⁷ Daten bei: Ekkehard Lippert, Die Bundeswehr im Wertespagat, Truppenpraxis 2/1992, 206 ff.

Einige im hier interessierenden Zusammenhang wichtige (sozial-) psychologische Begleiterscheinungen des skizzierten Wandels prägen bereits heute den gesellschaftlichen Alltag:

- -Der Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus geht mit einer Veränderung des Selbstwertbewußtseins der Betroffenen einher. Dies kann sich z.B. im Wunsch nach einer höherwertigen und dispositiven Berufstätigkeit ("white-collar-job") äußern und im Anspruch auf einen höheren Lebensstandard artikulieren. Das größere Selbstbewußtsein schlägt sich nieder in größerem Erklärungsbedarf, im Verlangen nach Selbstbestimmung und im Bemühen, Eigenständigkeit zu erlangen. "Ein Streben nach unverwechselbarer Individualität und eigenständiger Persönlichkeit ist unverkennbar".⁸ Gesellschaftliche Strukturen, die der Verselbständigung entgegenstehen, z.B. weil sie wie das Militär hierarchisch organisiert sind, aber auch gemeinschaftsbezogene Normen (z.B. "Kameradschaft"), die nicht nur beim Militär für Zusammenhalt sorgen, stoßen auf Unverständnis. Besonders schlägt sich die Ich-Orientierung (Individualisierung) in geänderten Lebensperspektiven nieder. Das gilt für Partnerschaftsbeziehungen und Erziehungsleitbilder" aber auch für die Bereitschaft, sich in soziale Strukturen, z.B. die der Familie, einzufügen.
- -Der marktwirtschaftliche Druck zur Straffung und Effizienzsteigerung hat zur Polarisierung der beruflichen Qualifikationsstrukturen geführt. Sich mehr und mehr spezialisierenden Ausbildungsgängen und Berufen stehen andere gegenüber, deren nachgefragte Fähigkeiten und Fertigkeiten anspruchsloser geworden sind. Dies betrifft besonders die ausführenden Berufe der unmittelbaren Warenproduktion. Die gewohnte arbeitsteilige Gliederung der Gesellschaft wird in sich widersprüchlich. Von dieser Entwicklung blieb auch das Militär nicht ausgenommen. Dort korrespondiert die Inflation der mittleren Ränge (Janowitz) mit dem geringer werdenden militärischen Nutzen der Arbeit der wehrpflichtigen Mannschaften. Ihre Aufgaben gestalten sich ähnlich anspruchslos wie etwa jene von ungelernten "Gastarbeitern der Industrie".⁹
- Die Freizeitorientierung hat weitreichende Folgen für das Selbstbild der Berufstätigen. Deren Identität wird nicht mehr nur durch den Beruf, sondern zunehmend auch durch "Freizeit" als einer an Genuß orientierten Lebenseinstellung bestimmt. Man beschreibt sich selbst, was man ist, auch damit, wie man seine Freizeit verbringt. Das Aufbrechen der Einheit von Person und Beruf schwächt zwangsläufig den Stellenwert der Verpflichtung durch den Beruf und reduziert seine gesellschaftliche Bedeutung. Der Beruf wird auf seinen funktionalen Wert reduziert, nämlich das notwendige Einkommen bereitzustellen. Auch der Beruf des Soldaten macht hier keine Ausnahme.

⁸ Wolfgang Vogt, u.a. Gesellschaftlicher Wandel und seine Auswirkungen auf Sicherheitspolitik, Bundeswehr und Soldatenberuf. Hamburg 1990, 16. Vgl. ferner: Hans Adolf Jacobsen, Die Bundeswehr der neunziger Jahre vor neuen Herausforderungen. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/91.

⁹ Jaques van Doorn, Der Niedergang der Massenarmee - Allgemeine Überlegungen. Beiträge zur Konfliktforschung, Heft 1, Januar/März 1976, 57. Für die Schweizer Streitkräfte eindrucksvoll bestätigt von Hans-Dieter Vontobel: "Es liegt im Wesen einer Armee, ... , daß Mannstunden im Verhältnis zu den Investitions- und Betriebskosten nichts gelten. Als Konsequenz leistet man sich in unserer Armee eine Investitionspolitik wie in einem Billiglohnland". Der Nutzen militärischer Führungstätigkeit für den zivilen Beruf. Neue Züricher Zeitung, 21.10.1992, 25.

2.3 Sicherheitsbegriff und Bedrohungswahrnehmung

Die für die gesellschaftliche Akzeptanz von Sicherheitspolitik und Militär wichtige Wahrnehmung von Sicherheit ist in den gesellschaftlichen Wandel eingebunden. Der Begriff "Sicherheit" ist dabei zu einem inflationär verwendeten Begriff der politischen Kultur geworden. Dies macht den Umgang mit ihm schwierig. Die von vorneherein vorhandene "Unklarheit des Inhalts" erlaube es jedermann, "mit dem Wort seine eigenen Wünsche zu verbinden".¹⁰

"Sicherheit" und "Bedrohung" sind gesellschaftlich bedingt und sozial vermittelt. Sie entstehen, indem man gesellschaftliche Ängste aus dem Umgang mit den Mängeln der eigenen Lebenswelt auf einen "Gegner" Überträgt und ihm entsprechend als Verhaltensabsichten stereotyp unterstellt. Lange Zeit mußten und konnten dafür personalisierte "Gegner" (z.B. die "Sowjets" oder die "Kommunisten") herhalten, wobei die ideologische Parallelität zwischen dem äußeren und dem Feind im "Inneren" offensichtlich war.¹¹

Die zu Beginn des Jahrhunderts aufgekommene kommunistische Lebensordnung, die nach eigener Absicht mit der westlichen Gesellschaftsordnung um die Vorherrschaft konkurrierte, begünstigte das Aufkommen eines durchgängig akzeptierten Feindbildes. Es ließ sich zur Mehrung des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft politisch instrumentalisieren.¹²

Diese Situation hat sich seit den achtziger Jahren verändert. Zum einen war die Lebensordnung des real existierenden Staatssozialismus lange vor ihrem formalen Bankrott de facto zusammengebrochen. Zum anderen sind mit dem Bewußtwerden des Lebens in einer Risikogesellschaft neue Bedrohungswahrnehmungen entstanden. Diese Bedrohungen reichen über die bisherigen ideologischen Systemgrenzen und innergesellschaftlichen Demarkationslinien hinaus. vom einstigen "Feind" wird angenommen, daß er ähnlichen Risiken ausgesetzt ist wie man selbst. Inhaltlich handelt es sich vor allem um Umweltkatastrophen (Ozonloch, Klimaveränderungen), um das Wiederaufleben überwundener geglaubter "Irrationalismen" (Nationalismus, religiöser Fundamentalismus), um technische Großunfälle sowie um wirtschaftliche Machtverschiebungen.

Das "Konfliktpotential von Hunger, Klassenkämpfen und Staatskrisen, von inner- und zwischenstaatlichen Verteilungskämpfen und Massenfluchtbewegungen"¹³ sowie die Natur als neuer Ausgangspunkt von Risiken und damit als

¹⁰ Franz-Xaver Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, Stuttgart 1973. Vgl. ferner: Ekkehard Lippert/Günther Wachtler, Stichwort "Sicherheit", in: dieselben (Hrsg.), Frieden. Ein Handwörterbuch. Opladen 1988; sowie Hans-Georg Räder, "Sicherheit" und Wertewandel: Argumentationsmuster in der Bevölkerung zu Sicherheit, Bedrohtheit und Bundeswehr. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Bericht Nr. 57, München 1992.

¹¹ Vgl. Heribert Prantl, Eine Rüstung setzt Rost an. Plädoyer gegen die gepanzerte Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges. Süddeutsche Zeitung, 14./15.3.92, Beilage zum Wochenende, I.

¹² Vgl. Ulrich Beck, Der feindlose Staat, Militär und Demokratie nach dem Kalten Krieg. DIE ZEIT, Nr. 44/1992, 65 f.

¹³ Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1991, 69.

"Feind" haben den gesellschaftlichen Bedrohungswahrnehmungen eine vorher so nicht vertraute Dimension verliehen. Die Auseinandersetzung mit einem personalisierten Feind implizierte zwar mögliche Schädigungen der eigenen Person. Das Ende der eigenen Lebensweise, der eigenen Gesellschaft und weitergehend - menschlichen Lebens überhaupt war jedoch bislang im bewußten Schadenskalkül nicht enthalten.

Es entspricht der Alltagserfahrung, daß zunehmende Bedrohung das Gefühl der Sicherheit verringert und das Verhalten entsprechend beeinflusst. Permanenz und Endgültigkeit der neuen Bedrohungen müßten sich folglich gegenwärtig in einem Zustand ausgeprägter Unsicherheit äußern. Folgt man demoskopischen Befunden, so ist dies jedoch offenkundig kaum der Fall. Die Korrespondenz zwischen Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden scheint seit einiger Zeit unterbrochen: Eine wohl notwendige Strategie der Selbsterhaltung. Denn ein Gefühl absoluter Unsicherheit würde individuelles und auch kollektives Verhalten unvorhersagbar machen und damit die sozialen Strukturen in einer Gesellschaft auflösen.

3. Phasen der Bundeswehr-Entwicklung

Die Geschichte der Bundeswehr seit ihrer Aufstellung im Jahr 1956 und der historische Verlauf der zivil-militärischen Wechselbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland waren - selbstverständlich - in die Prozesse gesellschaftlichen Wandels in Deutschland mit eingebunden. Sie waren, genau genommen, selbst Bestandteil des Wandels. In diesem Beziehungsgeflecht erhielten sie ihre aktuelle Ausprägung vor allem von der jeweils unterschiedlich eingeschätzten Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs eines Krieges, von der unterschiedlichen Intensität der Bedrohungsperezeption und von der Einschätzung der Bedeutung militärischer Mittel, um den Bedrohungen begegnen zu können. Empfundene Art und Intensität der Spannungen an den Systemgrenzen zwischen Ost und West bestimmten das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, die Befindlichkeit des einzelnen Soldaten selbst sowie der Bundeswehr insgesamt.

Will man die Entwicklung der Bundeswehr heuristisch nach Phasen unterteilen, um die vergangenen 35 Jahre ihrer Existenz überschaubarer zu machen, stößt man auf grundsätzliche Schwierigkeiten. Gesellschaftlicher und mit ihm organisatorischer Wandel - Geschichte schlechthin - vollziehen sich nicht von heute auf morgen, sondern verlaufen in der Regel allmählich und zunächst fast unbemerkt. Bestimmte Phasen im Entwicklungsprozeß zeitlich genau zu terminieren bedeutet daher immer auch, komplexe soziale und historische Wechselbezüge ungerechtfertigt zu vereinfachen. Und es kann bedeuten, Geschichte so zu redefinieren, wie man sie selbst gerne hätte. Jedes Phasen-Modell der Bundeswehrgeschichte unterliegt deshalb stets der Gefahr idealtypischer Verkürzungen.

Charles Moskos, der in einer neueren Veröffentlichung eine "Gesellschaft nach dem Ende des Kalten Krieges" im Entstehen begriffen sieht¹⁴, unterwirft sich einer solchen Normierung. Wohl zu Recht vermutet er, daß die Streitkräfte dieser künftigen Gesellschaft sich grundlegend neu orientieren müssen. Die "Gesellschaft nach dem Ende

¹⁴ Armed Forces in a Warless Society, in: Jürgen Kuhlmann/Christopher Dandeker (ed.), Armed Forces After the Cold War, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, FORUM international, Band 13: München 1992.

des Kalten Krieges" sei tendenziell "ohne Krieg", kriegsarm, weil Krieg zwischen den Supermächten sowie zwischen größeren europäischen Ländern als Konfliktregelungsmechanismus nicht mehr taugte und daher zunehmend unwahrscheinlich werde.¹⁵ Allerdings - und hier wird die angesprochene grundsätzliche Problematik eines solchen Vorgehens deutlich - bleiben dabei einige Fragen offen. Die erste bezieht sich auf den Kriegsbegriff, den das Konzept von einer "Gesellschaft nach dem Kalten Krieg" implizit unterstellt. Zukünftigen Konfliktszenarien dürfen wohl kaum, wie bisher, der militärisch hochgerüstete Ost-West-Konflikt oder unversöhnlich ideologische Interessengegensätze als Basis unterschoben werden.¹⁶ Zweitens ist nach dem Evolutionsmodell gesellschaftlicher Entwicklung zu fragen, das offensichtlich dem Paradigma Moskos' zugrunde liegt. Zwar entspricht es (von Comte bis Schumpeter) der westlichen Denktradition, als Ende der Entwicklung zivil-militärischer Verhältnisse eine pazifizierte Gesellschaft zu erwarten, in der etwa der Handel den Krieg ersetzt hat.¹⁷ Aktuelle und auch künftig noch maßgebliche Friedensgefährdungen, die von der chaotischen Potenz aus dem Ruder gelaufener Entwicklungsprozesse etwa in der Dritten Welt ausgehen, lassen eine pazifizierte Gesellschaft aber eher unwahrscheinlich erscheinen. Schließlich bleibt, drittens, die Frage zu beantworten, wann denn das Ende des Kalten Krieges anzusetzen ist. In den entwickelten westlichen und auch in den osteuropäischen Gesellschaften war jedenfalls, lange bevor Bush und Gorbatschow in Malta den Kalten Krieg auch offiziell für beendet erklärten, ein wachsender Legitimitäts- und Akzeptanzverlust alles Militärischen festzustellen.¹⁸ In Deutschland wird man das Ende des Kalten Krieges mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 gleichsetzen können, obwohl die Entwicklung in diese Richtung in beiden deutschen Staaten schon wesentlich früher eingesetzt hatte.

In den Jahren nach dem (heißen) Zweiten Weltkrieg bis 1989 kann man, Moskos folgend, auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Frühphase und eine Spätphase des Kalten Krieges identifizieren. Während die Frühphase durchaus zutreffend als die einer "verteidigungsbereiten", d.h. auch kriegsbereiten Gesellschaft zu charakterisieren ist, läßt sich das Bewußtsein der nachfolgenden "abschreckungsbereiten" Gesellschaft durch das Bemühen beschreiben, unter anderem mit der Androhung finaler militärischer Mittel einen heißen Krieg zu verhindern. Der Übergang von der "verteidigungs-" zur "abschreckungsbereiten" Gesellschaft dürfte in der Bundesrepublik etwa Mitte der sechziger Jahre anzusetzen sein.

Während der Frühphase des Kalten Krieges herrschte in der Bevölkerung der Bundesrepublik und nach ihrer Aufstellung im Jahre 1956, in der Bundeswehr eine Stimmung vor, die durch Kriegsfurcht, aber auch durch hohe Verteidigungsbereitschaft gekennzeichnet war. Die faktisch totale Konkurrenz der beiden gegensätzlichen

¹⁵ Vgl. zu ähnlichen Typisierungsansätzen mit allerdings teilweise abweichenden Ergebnissen: Bernard Boene/Michel L. Martin, *The French military in a "warless" society*. Christopher Dandeker, *Armed forces in a warless society?: the British case*. Cathy Downes, *Australian and New Zealand armed forces and society after the Cold War: How relevant is the ending of the Cold War?* Alle Papiere vorgestellt und diskutiert während eines von Charles Moskos geleiteten Symposiums "Armed Forces after the Cold War", Baltimore/USA, 9.-10.10.1992.

¹⁶ Vgl. J. J. Mearsheimer, *Back to the future. Instability in Europe after the Cold War*. *International Security*, 15, 1990, 5 ff.

¹⁷ Vgl. dazu Günther Wachtler (Hrsg.), *Militär, Krieg, Gesellschaft. Texte zur Militärsoziologie*, Frankfurt/M., 1993.

¹⁸ Vgl. dazu die Belege bei Hans-Viktor Hoffmann, *Demoskopisches Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1991*, Waldbröl (AIK) 1992.

"kommunistischen" und "westlichen" Ideologien äußerte sich in wechselseitiger Feindseligkeit. Man sprach vom Kalten Krieg und verhielt sich entsprechend. In Korea mündete der Antagonismus schließlich in eine heiße Auseinandersetzung. Der Ausbruch eines ähnlich heißen Konflikts in Mitteleuropa an der unmittelbaren Demarkationslinie zwischen NATO und Warschauer Pakt galt lange Zeit als wahrscheinlich.

Abgesehen von den noch einige Jahre nachhallenden Irritationen aus der Zeit des Aufbaus der Bundeswehr ("Ohne mich"-Bewegung), darf man sagen, daß die bundesdeutsche Öffentlichkeit den eigenen wie den in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften der Verbündeten wohlwollend, zumindest aber ohne wesentliche Vorbehalte gegenüberstand. Das lag wesentlich daran, daß die Gesellschaft sich massiv militärisch bedroht fühlte. Es galt als eindeutig, woher die Bedrohung kam, wer der Feind war, und es galt als unstrittig, daß man ihm, falls erforderlich, auch nachhaltig mit militärischen Mitteln begegnen müsse. Aufgrund der Bedrohung waren der Staat und seine Streitkräfte eine enge Verbindung eingegangen. Er repräsentierte sich "in seiner Armee". Umgekehrt empfanden sich die Streitkräfte als wichtige Träger des bundesrepublikanischen Staatsgedankens.

Mitte der sechziger Jahre begann das strategische Konzept der nuklearen Abschreckung die sicherheitspolitischen Basiskonzepte der Kriegsfurcht und Kriegsbereitschaft abzulösen. Zwar ist die Abschreckung eines Gegners mit militärischen Mitteln so alt wie die Menschheit. Aber erst Nuklearwaffen machten es möglich, dem potentiellen Gegner glaubhaft die totale Vernichtung anzudrohen, um ihn so von militärischen Aggressionen abzuhalten. Die Drohung, und nicht mehr der Krieg, wurde zum Mittel, den Feind in seinen Absichten zu beeinflussen. Wesentliche Ereignisse für die Akzeptanz der Abschreckung als strategische Doktrin waren in der Bundesrepublik Deutschland die gerade noch unter Kontrolle gehaltenen Konfrontationen in Berlin im Jahre 1961 und die Kubakrise im Jahr 1962.

Die Abschreckung des ideologischen Gegners und die mit der Abschreckung verbundene Selbstabschreckung verlangten zwar weiterhin konventionelle Gefechtsbereitschaft der Bundeswehr. Diese war allerdings nur noch ein Teil der Abschreckungstriade. Sie sollte subnuklearen Kriegsszenarien oder Zwischenschritten in der Eskalationsabfolge entsprechen können.

Massive Zweifel am Sinn nuklearer Abschreckung begannen sich etwa zwanzig Jahre später, an der Schwelle der achtziger Jahre zu regen. Die Nuklearwaffen wurden zunehmend als nicht einsetzbar wahrgenommen. Man begriff sie als politisch-symbolische Waffen. Dieser Wandel folgte der Einsicht, daß Massenvernichtungswaffen wegen der geringen Kontrollierbarkeit ihres Wirkungsradius, wegen der Kriegsuntauglichkeit moderner Gesellschaften und wegen der nicht vorhersehbaren Kollateralschäden bei einem Einsatz auch das zerstören würden, was sie eigentlich schützen sollen. Zumindest für die "kriegsuntauglichen" Staaten und Nationen Mitteleuropas gilt der Krieg untereinander seither nicht mehr zwangsläufig als die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln. Dieses grundlegende Merkmal der "kriegsarmen" (und feindlosen) Gesellschaft nach dem Ende des Kalten Krieges begann sich lange vor dem Fall der Berliner Mauer abzuzeichnen.

Für die Bundeswehr des vereinten Deutschlands wird im Jahr 1995 mit Sicherheit eine neue Phase ihrer Geschichte beginnen. Der Umfang des militärischen Perso-

nals der "neuen" Bundeswehr soll auf etwa 54 % der alten Friedensstärke (von NVA und Bundeswehr "alt" zusammen) geschrumpft sein -für ein Territorium, dessen Fläche mit der Vereinigung um etwa 44 % größer geworden ist.

Den eigentlichen tiefgreifenden Veränderungen wird sich die Bundeswehr aber erst ausgesetzt sehen, wenn und sobald diese formale Umgliederung abgeschlossen sein wird. Die Bundeswehr wird sich stärker als je zuvor den Funktionserwartungen stellen müssen, welche die Gesellschaft an sie richtet. Sie wird sich auseinandersetzen müssen mit dem "Bedeutungsverlust militärischer bei gleichzeitigem Ansehensgewinn nichtmilitärischer Mittel zur Friedenssicherung".¹⁹ Angesichts der gewaltigen Probleme der Finanzierung der deutschen Einheit und der explodierenden Kosten des Sozialwesens wird sie sich auch intensiver als bisher fragen lassen müssen, welchen Nutzen sie denn aus den in sie investierten Finanzmitteln erwirtschaftet.²⁰

4. Die Bundeswehr in den Jahren des Kalten Krieges - Trends und Strukturen -

4.1 Berufsbild und Berufsmotivation

Durchaus in Entsprechung zu den gesellschaftlichen Bedrohungsperzeptionen und in Fortschreibung historischer Erfahrungen aus dem nur wenige Jahre zurückliegenden Zweiten Weltkrieg galt in der "verteidigungsbereiten" Bundeswehr das Rollenmodell des heroischen Kämpfers als professionelle Orientierung der Soldaten. Die Identifikation mit den überlieferten ehrwürdigen soldatischen Tugenden bestimmte Selbstverständnis und Motivation und damit die Identität der Berufs- und Zeitsoldaten.²¹

Das operative Denken war von Vorstellungen und Szenarien in Anlehnung an die Schlachten des Zweiten Weltkriegs bestimmt. Auch die Ende der fünfziger Jahre bei den Alliierten einsatzbereiten Nuklearwaffen waren letztlich konventionell eingeplant, wurden im wesentlichen als eine in ihrer Wirkung verbesserte Rohrartillerie begriffen.

Eine modern gerüstete "Levée en masse" von Wehrpflichtigen zusammen mit einer ebenso großen Zahl von Berufs- und Zeitsoldaten galt als die einzige bedrohungs- und strategiegerechte Organisationsform der Bundeswehr. Abrüstungsüberlegungen stießen, wenn sie überhaupt geäußert wurden, auf wenig öffentlichen Widerhall. Die Unterstützung der Streitkräfte ging so weit, daß junge Männer, die sich für die im Grundgesetz garantierte Kriegsdienstverweigerung entschieden, in den Augen der Mehrheit als "Drückeberger" galten.

¹⁹ Bundesministerium für Landesverteidigung, Sicherheitspolitisches Umfeld und Streitkräfteentwicklung, Bericht an die Bundesregierung, Wien 1991, 45. Vgl. ferner: Sude Gertmann, Umdenken tut not. Nachdem der Feind verschwunden ist: Der Auftrag der Bundeswehr vor dem Hintergrund künftiger Risiken. Wehrausbildung 1/1992, 9 ff.

²⁰ "Mit dem Eifer, der gegenwärtig darauf verwendet wird, die Wehrpflicht weiterhin als notwendig und glaubwürdig zu erhalten, ... , müßte nach neuen Wegen gesucht werden. Voraussetzung dafür ist eine klare Antwort, wozu die Bundeswehr in Zukunft gebraucht wird". Wolfgang Fechner, Wehrpflicht ohne Zukunft? Europäische Sicherheit, Nr. 9/1992.

²¹ Vgl. dazu Heinz Karst, Das Bild des Soldaten, Boppard 1964 und als Karikatur: Wolfgang Hansen, Das militärische Erziehungs- und Bildungswesen in Deutschland. Deutsche Annalen, 1985, Bd. 14, 157 ff.

Der Übergang zur "abschreckungsorientierten" Gesellschaft in der Mitte der sechziger Jahre ließ den Auftrag der Bundeswehr, den Frieden zu bewahren, formal unverändert. Er erhielt jedoch eine andere sicherheitspolitische Bedeutung. War man in der Bundeswehr vorher der Überzeugung, sich für einen "heißen" Krieg rüsten zu müssen, ging es nun darum, so abzuschrecken, daß der potentielle Aggressor von einem militärischen Angriff absah. Der Soldat sollte kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen. Es war ein logischer, aber dennoch wenig beachteter Bestandteil dieser Doktrin, daß die Bundeswehr das Scheitern ihres militärischen Auftrages hätte eingestehen müssen, wenn der potentielle Gegner eine militärische Intervention begonnen hätte. Nicht mehr der Krieg, sondern bereits der Frieden galt als "Ernstfall". Der Dienst in der Bundeswehr war "Kriegsverhinderungsdienst"²², die Bundeswehr eine "Friedensbewegung".²³

Für den Soldaten hatte der alte Krieg-Frieden-Gegensatz seine identitätsstiftende Funktion weitgehend verloren. Im Berufsfeld des Soldaten rückte das technisch-politische Management des staatlichen Gewaltmonopols als Instrument der Abschreckung zunehmend an die Stelle der Bereitschaft zum heroischen Opfer auf dem Gefechtsfeld. Die grundlegend veränderten Aufgaben ließen im professionellen Selbstverständnis der Soldaten neben die klassischen soldatischen Tugenden mehr und mehr Werte der Marktwirtschaft treten. Gefragt waren Manager-Qualifikationen, wie sie auch in der Wirtschaft gesucht sind. Zivile bzw. technisch-wirtschaftliche Leitungsqualifikationen fanden Eingang in die Offizierausbildung. Zu einem wichtigen Anreiz bei der Rekrutierung des militärischen Nachwuchses wurde die zivile Verwertbarkeit der beim Militär vermittelten Fähigkeiten und Fertigkeiten. Der Beruf des Soldaten wandelte sich zu einem mit vielen anderen vergleichbaren "Job". Die lange und teilweise verbissen geführte "sui-generis"-Debatte jedenfalls - die Frage also, ob Soldatsein eine unvergleichliche Profession sei - geriet aus dem Blickfeld.

Bei aller Entzauberung des Soldaten (Max Weber) blieb seine Identität jedoch weitgehend an konventionelle Rollenvorstellungen und Kriegsbilder gekoppelt. Eine der neuen strategischen Leitvorstellung entsprechende "Abschreckungsidentität" begannen die längerdienenden Soldaten nur zögernd und unvollkommen zu entwickeln. Sie konnte vor allem deshalb nicht entstehen, weil man mangels entsprechender Erfahrungen letztlich nie sicher sagen konnte, ob Abschreckung überhaupt auf Dauer funktionieren würde.

Bei vielen Berufssoldaten führte das Auseinanderlaufen von operativem Denken und beruflicher Identität zu einer tiefen Verunsicherung. Diese wurde verstärkt, weil mit der "Entzauberung" und Profanisierung des Berufs besonders seit den achtziger Jahren eine Verringerung der öffentlichen Unterstützung der Streitkräfte einherging.

4.2 Öffentliche Meinung und Bundeswehr

Das vorliegende Umfragematerial zur öffentlichen Akzeptanz von Bundeswehr und Sicherheitspolitik läßt zwei durchgängige Tendenzen erkennen.

²² So der ehemalige Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg.

²³ "Und so bezeichnete der Verteidigungsminister Wörner die Bundeswehr als die größte Friedensbewegung Deutschlands", Werner Lange, Gedanken zur Einsatzbereitschaft. Der Frieden als Ernstfall? Europäische Sicherheit, 11/91, 611.

Erstens ist die Wahrnehmung der Streitkräfte, ihres Auftrages und seiner Begründung deutlich parteipolitisch vermittelt. Die Bevölkerung orientiert sich an den sicherheitspolitischen Meinungen der ihr sympathisch erscheinenden politischen Elite. Dies äußert sich in einem durchgängigen Zusammenhang von Parteipräferenz und z.B. der Einschätzung der "Wichtigkeit", der Bundeswehr.²⁴ Sympathisanten politisch konservativer Orientierungen befürworten entsprechend in aller Regel den sicherheitspolitischen und militärstrategischen Status quo.

Zweitens läßt sich bei vergleichsweise hohem Vertrauen in die Institution "Militär" eine durchweg geringe persönliche Aufgeschlossenheit für militärische und sicherheitspolitische Probleme beobachten. Der "durchschnittliche" Bürger zeigt eine relativ große Distanz zu allen Aktivitäten, die persönliches Engagement für Verteidigung und Militär verlangen. Deutliche Zeichen dafür sind die kaum vorhandene Bereitschaft der Reservisten der Bundeswehr, sich in Übung zu halten, oder die seit Jahren anhaltende geringe Bereitschaft der Bevölkerung, zusätzliche Finanzmittel für Militär und Verteidigung aufzubringen.²⁵

Höhere Bedeutungszuweisungen erhielt die Bundeswehr jeweils im Umfeld internationaler Krisen (Ungarn-Aufstand, CSSR-Invasion). Die dem Einsatz militärischer Mittel und damit auch der Bundeswehr jeweils zugestandene gesteigerte Bedeutung blieb jedoch episodenhaft: Heute begegnen weite Teile der Bevölkerung den Streitkräften bestenfalls mit Skepsis, akzeptieren sie offensichtlich zuvorderst deshalb, weil sie aus funktionalen Überlegungen heraus als nicht verzichtbar gesehen werden.

Die wachsende Distanzierung der Bevölkerung von der Bundeswehr ist für die achtziger Jahre empirisch belegt. Im Jahre 1981 bekundeten 54 % der Bevölkerung "viel" oder "sehr viel" Vertrauen in die Bundeswehr. Zehn Jahre später war dieser Anteil auf 40 % zurückgegangen. Die Gruppe der Bürger, die "wenig" oder "überhaupt kein Vertrauen" in die Bundeswehr hatten, stieg entsprechend von 45 % (1981) auf 60 % im Jahr 1991. 1984 sagten noch 75 % der Bevölkerung, "wir brauchen die Bundeswehr", nur 15 % glaubten, ohne sie auszukommen. Im Jahre 1990 sahen nur noch 47 % die Bundeswehr als nützlich an. 42 % meinten dagegen, es ginge auch ohne sie.²⁶

Ein Teil dieses Vertrauensverlustes dürfte auf Argumente zurückzuführen sein, welche die öffentliche Diskussion über den Sinn einer nuklearen militärischen Verteidigung der Bundesrepublik bestimmten. Diese Auseinandersetzung wurde im wesentlichen von der damaligen Friedensbewegung erzwungen. Vertrauen in den Sinn der Abschreckung ging ferner im Gefolge des Reaktorunfalles in Tschernobyl verloren. Friedensbewegung und Tschernobyl zusammen haben beide auf je spezifische Weise die endgültige Dimension nuklearer Abschreckung deutlich gemacht und damit ein widersprüchliches Meinungsklima zu diesem Thema geschaffen. Einerseits werden Streitkräfte noch als eine Art "Versicherung" verstanden, die man eingeschränkt be-

²⁴ Vgl. Heinz Rattinger/P. Heinlein, Sicherheitspolitik in der öffentlichen Meinung, Berlin 1986 sowie Hans-Viktor Hoffmann, a.a.O.

²⁵ Allerdings ist diese generelle Haltung nicht auf militärspezifische Fragen beschränkt. Auch zum Beispiel im Umweltschutz und in der Entwicklungshilfe fallen Zustimmung zu den allgemeinen Zielen und persönliche Engagementbereitschaft ähnlich auseinander. Vgl. dazu Rattinger/Heinlein, a.a.O. sowie Hans-Viktor Hoffmann, a.a.O., 129 ff.

²⁶ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, Bundeswehr und öffentliche Meinung, Verfall der Legitimitätsgrundlage, Arbeitspapier 28.6.1991 sowie Hans-Viktor Hoffmann, a.a.O., 112 ff.

reit ist zu unterstützen, um vor Risiken "von außen" geschützt zu sein. Aus dieser Wahrnehmung ergibt sich das zwar abnehmende, aber immer noch vergleichsweise hohe öffentliche Prestige der Bundeswehr. Andererseits gelten die eigenen Streitkräfte aber auch als bedrohlich für das eigene Land, weil Waffeneinsätze - die ohnehin deutlich negativ wertbesetzt sind - die eigene zu schützende Gesellschaft unalkalulierbar schädigen würden. Zeitgleich gewannen sowohl nicht-militärische Mittel als Konfliktlösungsstrategien sowie auch Überlegungen zur Funktionserweiterung der Streitkräfte auf ursprünglich nicht-militärische Aufgaben an Gewicht.²⁷ Angesichts der "neuen" Bedrohungen erschöpft sich das der Bundeswehr noch zugestandene Problemlösungspotential. In der öffentlichen Wahrnehmung wird immer deutlicher, daß mit militärischen Mitteln allein den neuen Gefahren kaum mehr zu begegnen ist.

4.3 Arbeitsplatz "Bundeswehr"

Die Bundeswehr gehört zu den größten Arbeitsorganisationen in Deutschland. Neben den (bis zum Jahr 1989) jährlich etwa 220.000 eingezogenen wehrpflichtigen Soldaten dienen durchschnittlich 270.000 längerdienende Soldaten. Sie sehen die Bundeswehr als Vertragspartner und Arbeitgeber. Hinzukommen durchschnittlich 165.000 zivile Beschäftigte, die als Verwaltungskräfte, Richter, Lehrer, Arbeiter u.dgl. eingesetzt sind.

Die berufliche Identität der längerdienenden Soldaten erschöpft sich tatsächlich nicht in der Frage nach der moralischen Rechtfertigung des militärischen Handwerks, sondern bezieht die objektiven Rahmenbedingungen des Arbeitsplatzes "Bundeswehr" mit ein.²⁸ Gerade weil die gesellschaftliche Akzeptanz des Militärischen in Deutschland nicht ohne Probleme ist, intrinsische Motivation knapp wird, muß die Bundeswehr attraktive Arbeitsbedingungen anbieten, will sie in der Konkurrenz um geeigneten Nachwuchs noch bestehen.

Nur etwa 65.000 der längerdienenden Soldaten sind Berufssoldaten. Sie dienen - ihr berufliches Leben lang - bis zur Erreichung dienstgradabhängiger Altersgrenzen und gehen dann - frühestens im Alter von 52 Jahren - in den Ruhestand. Die 205.000 Zeitsoldaten verlassen die Bundeswehr, je nach vertraglich vereinbarter Verpflichtungsdauer mehrheitlich spätestens im Alter von etwa 32 Jahren. Diese Soldaten bereiten der Bundeswehr ein zweifaches Problem: Sie müssen wie die Berufssoldaten mit attraktiven Anreizen angeworben werden, und man muß sie nach Vertragsablauf auf anständige Weise wieder in ein ziviles Berufsleben entlassen.

Beiden Erfordernissen versucht der besonders in den 70er Jahren ausgebaute sogenannte Berufsförderungsdienst der Bundeswehr zu entsprechen. Er sorgt dafür, daß Zeitsoldaten ihre während der militärfachlichen Ausbildung erworbenen Qualifikationen für das anschließende zivile Berufsleben anerkannt bekommen und dort nutzen können. Gegen Ende ihrer Dienstzeit werden Soldaten freigestellt, wenn sie in bundeswehreigenen Lehreinrichtungen öffentlich anerkannte allgemeinbildende Abschlüsse erwerben wollen. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr erhalten Zeitsoldaten eine höchstens 3 Jahre währende zusätzliche Berufsausbildung -bei

²⁷ Vgl. dazu ausführlicher Kapitel 5.1.

²⁸ David Segal nennt diese mittlerweile selbstverständliche Alltagserfahrung "pragmatic professionalism": "Being aware of pay, benefits and the economic well-being of one's family need not mean, that one is a bad soldier" (Measuring the Institutional/Occupational Change Thesis, Armed Forces and Society, 1986, 364.

faktisch voller Soldfortzahlung und Übernahme der Ausbildungskosten. Diese alles in allem erfolgreiche Personalwerbungs- und Bildungsstrategie hat die Bundeswehr im Laufe der Jahre zu einer bedeutenden zivilberuflichen Fortbildungseinrichtung werden lassen. Nicht selten erlernen Soldaten erst bei der Bundeswehr einen Zivilberuf oder haben am Ende aller Qualifizierungsmaßnahmen einen zusätzlichen Berufsabschluß erworben.

Auf die Binnenorganisation der Bundeswehr hat dieses Konzept prägenden Einfluß ausgeübt und zur Aushöhlung der traditionellen soldatischen Identität beigetragen. Weil Zeitsoldaten mit der Aussicht auf zivilberuflich verwertbare Ausbildungschancen angeworben werden, verstehen sie ihre militärischen Tätigkeiten tatsächlich meist als Instrument und Weg hin zum späteren Zivilberuf. Im Gegensatz zu den Berufssoldaten sind Zeitsoldaten deshalb von vorneherein auf die zivile Erwerbswelt und auf die dort geltenden Normen und Verhaltensweisen hin orientiert. Tatsächlich - so wird deutlich - sieht sich nur die vergleichsweise kleine Gruppe der Berufssoldaten ein Soldatenleben lang mit der Identitätsproblematik soldatischer Arbeit konfrontiert. Zeitsoldaten sind vor allem außenorientiert.

Abweichende Orientierungsmuster hindern die Berufssoldaten aber nicht, ihre eigene finanzielle und materielle Ausstattung an aus ihrer Sicht vergleichbaren Berufen und Positionen in der Wirtschaft zu messen. Ob dies objektiv zutrifft oder nicht: gemessen an der von ihnen empfundenen Verantwortung für Personal, Material, Waffen und Gerät fühlen sich längerdienende Soldaten der Bundeswehr eher unterbezahlt. Vor allem Offiziere fordern immer wieder, ähnlich wie zivile Manager entlohnt zu werden.

Die Bundeswehr befindet sich hier in einem sich zuspitzenden Dilemma. Einerseits fordert traditionelles soldatisches Berufsverständnis, monetäre Anreize dem Dienen und der Verpflichtung für das Gemeinwohl unterzuordnen. Politische Leitung und militärische Führung, letztere ausnahmslos Berufssoldaten, beschwören daher immer wieder die ethische Verantwortung des Soldatenberufs. Die konkreten Antworten der Bundeswehr auf Identitäts- und Legitimitätskrisen im Korps der Berufssoldaten machen die geringe Motivationswirkung derartiger Appelle - seit Bestehen der Bundeswehr - deutlich. Denn diese bestanden bevorzugt immer wieder aus zusätzlichen materiellen Anreizen und finanziellen Verbesserungen - meist dann, wenn Nachwuchsorgen ins Haus standen. Bis Anfang der siebziger Jahre etwa hatte ein Truppenoffizier kaum eine Chance, persönliche Verwendungswünsche durchzusetzen. Ihm wurde meist formelhaft geantwortet, ein Offizier habe dort seinen Dienst zu leisten, wo es sein Officium, sein Amt verlange.²⁹ Gleichzeitig wurden aber schon damals Flugzeugführern und Militärärzten erhebliche Soldzuschläge, bessere Beförderungschancen und weitere materielle Vergünstigungen eingeräumt, einfach deshalb, weil die Bundeswehr diese Spezialisten nicht hätte halten können, wenn sie wie Truppenoffiziere entlohnt worden wären.

²⁹ Tatsächlich verließ schon zu dieser Zeit eine ganze Reihe von Berufsoffizieren die Bundeswehr (unter Verzicht auf die erworbenen Versorgungsansprüche), weil sie sich dieser antiquierten Ansicht widersetzen. Weil es sich dabei um hochqualifizierte Soldaten handelte, entstand der Bundeswehr ein immenser Verlust an vorher investierten Ausbildungskosten.

Mittlerweile gilt eine "ordentliche Bezahlung" der Soldaten als selbstverständlich.³⁰ Vor allem den Bemühungen und dem Einfluß der mehr und mehr gewerkschaftsähnlich argumentierenden Standesorganisation "Deutscher Bundeswehrverband" ist zu verdanken, daß die am Öffentlichen Dienst orientierten Bezüge der Soldaten durch eine kaum noch überschaubare Vielfalt von Zulagen, Aufwandsentschädigungen und Prämien ergänzt werden. Im Verteidigungsbudget für 1990 machten diese Sonderzahlungen etwa 20% des Gesamteinkommens der Soldaten aus.

Ein deutliches Zeichen hin zu marktorientierten Arbeitsbedingungen auch für Soldaten setzte die im Jahre 1989 eingeführte Regelarbeitszeit. Sie liegt wegen der eingeschlossenen Pausen mit 46 Wochenarbeitsstunden zwar höher als die Regelarbeitszeit für zivile Beschäftigte im Öffentlichen Dienst (38,5 Stunden), hat aber dennoch militärische Arbeit zum ersten Mal in der Geschichte deutscher Streitkräfte zu einem relativ knappen Gut gemacht. Vorgesetzte können jetzt nicht mehr - wie vordem üblich - unbegrenzt Soldaten dort einsetzen, wo zivile Beschäftigte wegen tarifvertraglicher Grenzen nicht mehr verfügbar sind. Überstunden von Soldaten sind nun durch Freizeit auszugleichen oder mit Soldzuschlägen abzugelten. Diese lange Zeit von der politischen Leitung und militärischen Führung der Bundeswehr als dem Militär wegensfremd bekämpfte Regelung hat die bisher gewohnte Verschwendung militärischer Arbeit einschränken können, obwohl die Ausgleichszahlungen im Vergleich zu zivilen Überstundenentgelten eher bescheiden sind. Vor allem Soldaten der Kampftruppen können nun ihrem Gehalt erhebliche Überstundenlöhne zurechnen, weil die dort üblichen Dienstzeitbelastungen die ohnehin schon lange Regelarbeitszeit für Soldaten immer noch erheblich überschreiten.³¹

4.4 Wehrdienst, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland überließ - in seiner Fassung von 1954 - die konkrete organisatorische Ausgestaltung der Streitkräfte dem Bundestag. Diesem blieb 1955 allerdings kaum eine andere Wahl, als sich für die allgemeine Wehrpflicht zu entscheiden. Denn der von der NATO geforderte Friedensumfang von 495.000 Soldaten³² wäre mit Freiwilligen allein nicht zu erreichen gewesen. Zudem hätte eine reine Freiwilligenarmee den Verteidigungshaushalt des Bundes stärker mit

³⁰ Ehemaliger Staatssekretär im BMVg Frau Hürland-Büning, Der Zeitgeist bläst der Bundeswehr jetzt ins Gesicht. Europäische Wehrkunde 71/1989.

³¹ Für einen Teil der hier nicht so sehr im Blickpunkt stehenden Wehrdienstleistenden ergibt sich aus der Regelarbeitszeit für Soldaten allerdings eine ungewollte und unvorhergesehene Konsequenz. Wehrpflichtige in Kampfverbänden etwa der Marine würden nur noch etwa 20% der Tage eines Wehrpflichtjahres für den Einsatz am Waffensystem selbst zur Verfügung stehen, wenn sie nicht den Überstundenausgleich, sondern zusätzliche Freizeit verlangen würden. Dieses Beispiel läßt die ohnehin berechtigten Zweifel an dem ökonomischen Sinn der allgemeinen Wehrpflicht erneut deutlich werden. Vgl. Jürgen Kuhlmann/Ekkehard Lippert, Wehrpflicht ade? Argumente wider und für die Wehrpflicht in Friedenszeiten, In: Gerd Kaldrack/Paul Klein (Hrsg.), Die Zukunft der Streitkräfte angesichts weltweiter Abrüstungsbemühungen, Baden-Baden 1992, 23 ff.

³² Diese Personalstärke war ebenso wie die ab 1995 festgelegten 370.000 Soldaten "ein in jeder Hinsicht politische Größe" und "nicht militärisch begründet" (Elmar Schmähling, Statt an der Ausrüstung der Soldaten besser an ihrer Zahl sparen, Frankfurter Rundschau, 16.8.1989, 14)). Ein möglicher Umfang der Bundeswehr von 12 Divisionen war zum ersten Mal 1950 in der sogenannten Himmeroder Denkschrift aufgetaucht (Klaus von Schubert, Die Entwicklung der Bundeswehr im Kontext der internationalen Beziehungen. In: Peter Barth (Hrsg.), Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit, München 1982, 29). Ab 1952 forderte die NATO dann diesen Umfang "als Beitrag der Bundesrepublik zur westlichen Verteidigung ein" (von Schubert, a.a.O., 33).

Personalausgaben belastet, als es damals möglich erschien. Angesichts der auf ein "Massenheer" abgestützten Strategie der Vorneverteidigung fand die allgemeine Wehrpflicht politische Unterstützung vor allem mit dem aus der Zeit des Nationalstaates stammenden Argument, in der Demokratie sei jeder -männliche - Bürger ein "geborener Verteidiger seines Staates" (Scharnhorst). Nur die Pflicht aller zum Militärdienst könne Freiheiten und Rechte in der Demokratie bewahren. Mit Blick auf das politische Eigenleben der Reichswehr in der Weimarer Republik glaubte man mit der Wehrpflicht zudem dafür gesorgt zu haben, daß sich die Bundeswehr nicht zu einem Staat im Staate entwickeln würde.³³ Der ständige Strom wehrpflichtiger Soldaten würde einerseits gesellschaftliche Normalität in die Bundeswehr bringen. Andererseits würden die Staatsbürger besonders während des Wehrdienstes den Sinn militärischen Dienens erfahren können und als Multiplikatoren in der Gesellschaft dafür sorgen, daß sich diese mit den Streitkräften befaßt.³⁴

Diese in den fünfziger Jahren entstandenen politischen Rechtfertigungen der Wehrpflicht haben die bislang 36 Lebensjahre der Bundeswehr überdauert, obwohl sich das gesellschaftliche Umfeld der Streitkräfte inzwischen tiefgreifend gewandelt hat und die Praxis die an die allgemeine Wehrpflicht geknüpften Hoffnungen - empirisch belegbar - kaum einzulösen vermochte.

So hat es in der Geschichte der Bundeswehr "eine absolute Wehrgerechtigkeit nie gegeben, weil nur etwa die Hälfte oder gar eine Minderheit eines Jahrganges den Dienst bei der Bundeswehr leistet".³⁵ Die andere Hälfte des Jahrganges war untauglich, wählte einen der Ersatzdienste oder war völlig freigestellt, weil sie freiwillig zur Bundeswehr, zu Polizei oder Grenzschutz ging. "Das wird subjektiv als ungerecht empfunden, wenn ... weniger vom Grundwehrdienst 'betroffen' sind, zumal der Wehrdienst die Regel, allen andere die Ausnahme sein soll".³⁶

Die Politische Bildung der Wehrdienstleistenden - als sinnvermittelnde Sozialisation angelegt - ist weitgehend wirkungslos geblieben. Weder werden die staatsbürgerlich-politischen Lernziele erreicht, noch gelingt es der Bundeswehr, sich selbst und ihren Auftrag den Wehrpflichtigen überzeugend zu vermitteln. Am Ende ihres militärischen Pflichtdienstes vermögen Wehrpflichtige den Sinn des Dienstes in der Regel genauso wenig einzusehen wie an dessen Beginn. Lediglich die erzwungene persönliche Auseinandersetzung der Wehrpflichtigen mit dem staatlichen Gewaltmonopol, mit Hierarchie und formaler Autorität führen reaktiv zu einer geringfügigen Schärfung demokratischen Bewußtseins.³⁷

³³ Das militärische Eigenleben, wenn es nicht durch den laufenden Zustrom von Wehrpflichtigen aufgelockert wird, kann trotz allen guten Willens der politischen und militärischen Führung und der parlamentarischen Kontrolle zur Isolierung der Soldaten führen. Der unmittelbare Kontakt zum ganzen Volk, der allein die ... Eingliederung der Armee in die staatliche Gesamtordnung bewirkt, wird nur dann ... vorhanden sein, wenn alle Männer verpflichtet sind, in dieser Armee zu dienen". (Der damalige Verteidigungsminister) Blank während der ersten Beratung des Wehrpflichtgesetzes im Deutschen Bundestag. Zitiert nach Dieter Walz, Allgemeine Wehrpflicht und Innere Führung. Neue Zeitschrift für Wehrrecht, Heft 4, 1983, 125.

³⁴ Bernhard Gertz, Schnellschüsse. Die Bundeswehr, 12/90, 3.

³⁵ Paul Breuer, Denkmodell "Ergänzungsdienst". loyal, 8/91, 22

³⁶ Ebenda.

³⁷ Vgl. Ekkehard Lippert/Wolfgang R. Vogt, Die Bundeswehr als Instanz der politischen Sozialisation. Hamburg: Führungsakademie der Bundeswehr, Fachgruppe Sozialwissenschaften, 1990.

M. Messerschmidt, anerkannter Militärgeschichtler³⁸, stellte jüngst resümierend fest, die allgemeine Wehrpflicht sei keinesfalls ein legitimes Kind der Demokratie.³⁹ In der europäischen Geschichte seit 1794 sei ein solcher Stellenwert der Wehrpflicht nicht nachweisbar. Man könne "auch nicht sagen, die Staat-im-Staat-Mentalität des Reichswehrof fizierscorps habe mit der Tatsache unmittelbar zusammengehungen, daß es einer Beruf sarmee angehörte".⁴⁰ Gegenteilige Äußerungen von Politikern und Militärs seien offensichtlich aus deren Wunsch entstanden, komplizierte geschichtliche Zusammenhänge auf "opportune Vorstellungen" zu reduzieren.⁴¹ Diese beiden "erstarrten, zu politischen Floskeln gewordenen" Behauptungen dürften jedoch nicht erneut als Argumente herangezogen werden, wenn es um eine Definition der künftigen Aufgaben der Bundeswehr und des Schicksals der Wehrpflicht geht.

Vor allem der Wehrpflicht das Verdienst zuzurechnen, "daß sich die Bundeswehr als parlamentarisch kontrolliertes Exekutivorgan unseres Verfassungsstaates bewährt hat"⁴², ginge an der Realität vorbei. Es waren andere Faktoren, die dies bewirkt hätten. Dazu gehören: "Entstehung ... (der Bundeswehr)..., verfassungsgeschichtliche Lage, verfassungsrechtliche und gesellschaftliche Position, außen- beziehungsweise bündnispolitische Konstellation, Personalreservoir, Personalauswahl, rüstungstechnische Einflüsse auf die Personalstruktur, politische Beeinflussung, ... die Bewußtseins- und Interessenlage vor allem der Jugend".⁴³ All diese Einflüsse "machen es unwahrscheinlich, daß eine Bundeswehr mit reiner Freiwilligenstruktur sich von ihrer militärischen Führung zu einem-Staat im Staate' isolieren ließe."⁴⁴

Die längst überfällige Anpassung der Arbeitsbedingungen im Militär an den sozio-kulturellen Wandel in Deutschland hat dazu geführt, daß sich die allgemeine Wehrpflicht auch *ökonomisch* nicht mehr rechnet. Die 1989 eingeführte Regelung der wöchentlichen Arbeitszeit für Soldaten gilt auch für Wehrdienstleistende. Im Oktober 1990 mußte zudem die Wehrpflicht von 15 Monaten auf 12 Monate verkürzt werden - eine damals noch geplante Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate war angesichts der sich abzeichnenden Ost-West-Entspannung politisch nicht mehr durchzusetzen. In der verbleibenden kurzen Dienstzeit können Wehrpflichtige nur noch für wenig anspruchsvolle Aufgaben ausgebildet und eingesetzt werden. Der militärische Nutzen, den Wehrpflichtige in der Bundeswehr stiften, kann heute im besten Fall nur etwa 50 % des Nutzens freiwillig längerdienender Mannschaften erreichen⁴⁵ Bei diesem Substitutionsverhältnis führt sich das gängige Argument,

³⁸ Bis 1987 leitender Wissenschaftler des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr

³⁹ Manfred Messerschmidt, Der Mythos von der allgemeinen Wehrpflicht als dem legitimen Kind der Demokratie. Eine historische Analyse. In: Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. Wehrpflicht ohne Zukunft? Alternativen in der Diskussion. Köln: Rundbrief, Themenheft IV 1990, 7.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Bericht der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung aus dem Jahr 1973 (sic!), 156.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ . Ebenda. Vgl. ferner Thilo Vogelsang, Zur Innenpolitischen Position von Reichswehr und Bundeswehr. In: Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung (1972/73), 311 ff.

⁴⁵ Vgl. Jürgen Kuhlmann/Ekkehard Lippert, Wehrpflicht ade?, a.a.O., 50. "Wegen des Auffüllungs- und Ausbildungsrhythmus habe ich nur jeweils zwei einsatzfähige Kompanien (in einem Bataillon, Anm.d.V.). Um ein Bataillon irgendwo einsetzen zu können, muß ich praktisch eine Brigade plündern". Georg-Maria Meyer, Armee im Umbruch. Soziale Deutungsmuster von Bataillonskommandeuren der Bundeswehr, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte Band 56, München 1991, 140.

wonach eine Explosion der Personalausgaben im Verteidigungshaushalt zu erwarten wäre, wenn man Wehrpflichtige durch Freiwillige ersetzen würde schnell ad absurdum. Gemessen an den Kostenstandards der Bundeswehr würden die ab 1995 eingeplanten 145.000 Wehrpflichtigen 3.04 Milliarden DM Personalkosten verursachen, 72.500 Zeitsoldaten (also die Hälfte des geplanten Wehrpflichtigenkontingents) hingegen nur 2.5 Milliarden DM.⁴⁶ "Eine Wehrpflichtarmee ist" ... so kann man zusammenfassen ... "eine Mißallokation volkswirtschaftlicher Ressourcen".⁴⁷ Sie mag zwar die "für staatliche Institutionen bequemere Lösung" sein. Jedoch "steht es einer Demokratie gut an... ehrlicher zu argumentieren"⁴⁸: "Eine Freiwilligenarmee ist als optimale Lösung jeder anderen Wehrstruktur vorzuziehen".⁴⁹

Es gibt kaum einen anderen Indikator, der die schwindende Akzeptanz des Militärdienstes bei den betroffenen jungen Männern so deutlich belegt wie die Entwicklung der Zahlen der Kriegsdienstverweigerer. Bis 1964 verweigerten jedes Jahr durchschnittlich etwa 4.000 Wehrdienstpflichtige den Dienst mit der Waffe. Seit 1965 zeigt die Zahl der Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer eine ständig steigende Tendenz: Im Jahr 1990 waren insgesamt 77.400 Anträge eingereicht worden, im Jahre 1991 rund 151.000.⁵⁰ Während die Kriegsdienstverweigerer im Jahr 1974 nur etwa 10 % des gemusterten Geburtsjahrganges ausmachten, stieg dieser Anteil bis zum Jahr 1987 auf etwa 15 %; gegenwärtig dürfte er die 20 %-Marke bereits deutlich überschritten haben.⁵¹

Wer den Wehrdienst mit der Waffe ablehnt, muß Zivildienst leisten. Zivildienstleistende (ZDL) darf man durchaus zutreffend als Lückenfüller in einer auf materiellen Wohlstand ausgerichteten privat-kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft verstehen. Sie "sind preiswerte und billige Arbeitskräfte für den sozialen Bereich. Alles, was nicht von professionellen Kräften abzudecken ist, wofür sie zu teuer erscheinen, kann von ZDL erledigt werden. sie sind beliebig einsetzbar, nach Bedarf und Eignung, ohne hemmende Schranken des Arbeitsrechtes und müssen auf Befehl funktionieren. Wo bestimmte Tätigkeiten unattraktiv werden, weil keine Arbeitskräfte dafür zu finden

⁴⁶ Der Nutzenentgang der Wehrdienstleistenden selbst ist in dieser Rechnung noch nicht enthalten. "In Höhe der Differenz zwischen einer fiktiven marktmäßigen Entlohnung abzüglich einem Äquivalent der staatlichen Sachleistungen und ihrer Besoldung" (Wolf-Dieter Zumpfort, Wehrpflicht versus Freiwilligenarmee. Zur Ökonomik der Wehrstruktur. Wirtschaftsdienst, 1973, Heft 4, 203) entstehen den Wehrpflichtigen sogenannte Opportunitätskosten

⁴⁷ Wilhelm Krelle, Volkswirtschaftliche Kosten und Belastung des Bundeshaushalts durch Freiwilligen-Streitkräfte. In: Wehrstruktur-Kommission der Bundesregierung (1972/73), a.a.O., 358.

⁴⁸ Guenter Neubauer, Die ökonomische Dimension des zweiten Berichtes der Wehrstruktur-Kommission. Wehrkunde, 1973, Heft 9, 462.

⁴⁹ Zumpfort, a.a.O., 205

⁵⁰ Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst läßt mittlerweile öffentlich jubeln. Im Vergleich zu 133 961 Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung, die 1991 bis zum Oktober eingegangen sind, ist im Oktober 1992 nämlich ein Rückgang auf 110 928 zu verzeichnen. Dies belege, daß die Wehrbereitschaft in Deutschland steige. (Vgl. O. V., Die Zahl der Wehrdienstverweigerer ist 1992 im Westen Deutschlands erheblich gesunken. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.12.92, 5). Im Oktober 1990 (vor dem Golfkrieg) hatte die gleiche Zahl freilich noch bei nur 60 000 Anträgen gelegen. Im Vergleich dazu ist die Verweigerungsbereitschaft auch in 1992 tatsächlich um 85% gestiegen. Winston Churchill hätte hier wohl angemerkt, es komme eben darauf an, wie man Statistiken interpretiert.

⁵¹ Weil Gemusterte, Soldaten und Einberufene noch Jahre nach der Musterung Kriegsdienstverweigerungsanträge stellen können, ist der exakte Anteil der Verweigerer an einem Geburtsjahrgang in der Regel erst etwa sieben Jahre später zu ermitteln.

sind, und Lücken entstehen, dort sind Zivildienstleistende sehr schnell einsetzbar".⁵² Schon jetzt sind die Zivildienstleistenden für viele Trägerorganisationen der freien Wohlfahrtspflege als Pflegepersonal unentbehrlich. In einigen Trägerorganisationen übersteigt die Zahl der Zivildienstleistenden bereits die der hauptamtlich Beschäftigten.

Kriegsdienstverweigerung wurde in Deutschland bis etwa Mitte der sechziger Jahre als abweichendes Verhalten wahrgenommen. Besonders bei der kriegserfahrenen älteren Generation hatten Verweigerer ein geringes soziales Ansehen und standen im Ruf, "Drückeberger" zu sein. Mittlerweile scheint jedoch die soziale und sozialpolitische Bedeutung der von den Verweigerern geleisteten Dienste ins öffentliche Bewußtsein gedrungen zu sein und Anerkennung zu finden.

Im Jahr 1985 signalisierten repräsentative Bevölkerungsumfragen zum ersten Mal eine überwiegend positive Bewertung der Kriegsdienstverweigerer. Seitdem liegt diese ständig über den negativen Urteilen.⁵³

Bei den jungen Männern (Alter 16 bis 24) hatte der Kriegsdienstverweigerer schon immer ein vergleichsweise gutes Image (1983 pro: 54 %; 1984: 42 %; dann stetig steigend bis 1988: 57 %).⁵⁴ 1988 mußte das Bundesverteidigungsministerium verblüfft zur Kenntnis nehmen, daß "das Ansehen eines Kriegsdienstverweigerers ... das eines jungen Mannes (übertrifft), der sich freiwillig für den Dienst in den Streitkräften entscheidet".⁵⁵ Dieser Trend hält an. 1990 empfanden nur noch 6 % der 16 - 29-jährigen Männer und Frauen in der Bundesrepublik den Wehrdienst als wichtigeren Beitrag zum Nutzen der Gesellschaft. Hingegen glaubten 63 %, "daß ein junger Mann, der den Zivildienst leistet, ganz allgemein der Gesellschaft einen wichtigeren Dienst" erweist als ein Soldat.⁵⁶

4.5 Soldatinnen für die Bundeswehr?

Artikel 12a des Grundgesetzes in der Fassung von 1949 bestimmt zwar nicht ausdrücklich, daß Frauen der militärische Dienst mit der Waffe verwehrt ist, wird aber in dieser Weise interpretiert. In der Folgezeit gab es immer wieder öffentliche Diskussionen um eine Integration von Frauen in die Bundeswehr. Dabei war stets absehbar, daß die zur Grundgesetzänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht zustandekommen würde, zumal sich Befürworter und Gegner von weiblichen Soldaten quer über alle politischen Parteigrenzen verteilten.

Im wesentlichen lassen sich vier grundlegende Argumentationsmuster im Umfeld einer Integration von Soldatinnen in die Bundeswehr unterscheiden. Frauen für das Mi-

⁵² R. Becker/G. A. Hoffmann, Ein Anlaß zum Jubeln? 25 Jahre Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland. In: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (Hrsg.), Sozialer Friedensdienst im Zivildienst - Plädoyer gegen den Mißbrauch der Friedensbereitschaft von Kriegsdienstverweigerern, Bremen 1989, 77.

⁵³ Positiv: 1980 = 18%, 1985 = 39%, 1990 = 40%. Megativ: 1980 und 1985 33%. 1990 = 13%. Vgl. Hans-Victor Hoffmann, a.a.O., 142

⁵⁴ Vgl. Wolfgang Vogt/Elmar Wiesendahl, Legitimations- und Akzeptanzprobleme der Bundeswehr - Materialien (Hamburg: FüAkBw, 1989) 146. Ferner: Heinz-Ulrich Kohr/Hans-Georg Räder, Image der Bundeswehr. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr 1989, 20

⁵⁵ Agnes Hürland-Büning, a.a.O., 401.

⁵⁶ Institut für Demoskopie Allensbach, a.a.O., 12.

litär in Anspruch zu nehmen, würde sie, *erstens*, ungerechtfertigt belasten, zusätzlich zu den ihnen ohnehin auferlegten Pflichten der sozialen Regeneration der Gesellschaft. Soldatinnen würden, *zweitens*, tendenziell einer unerwünschten Militarisierung der Gesellschaft Vorschub leisten. In den siebziger Jahren führten absehbar abnehmende Geburtenraten und daraus folgende Personaldefizite bei freiwilligen männlichen Soldaten, *drittens*, dazu, dem brachliegenden Rekrutierungspotential "Frauen" vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Schließlich sind, *viertens*, Proud Contra-Argumente auch von dem Gedanken beeinflusst, mit einem Zugang von Frauen zur Bundeswehr die gesellschaftliche Gleichberechtigung der Geschlechter zu befördern.

Dem Verdacht, Frauen sollten unter dem Vorwand der Gleichberechtigung Lückenbüßer in einer männlich dominierten Gesellschaft spielen, setzte man den sozialen Aufstieg entgegen, der mit der Ausbildung im Militär und mit der Übernahme von Verantwortung verbunden sei. Der emanzipatorische Aspekt der Diskussion gipfelte in dem Argument, Frauen den Zugang zur Bundeswehr zu gestatten, um auch ihnen auf diesem Wege die Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen einzuräumen.

Das deutsche Recht legt den Begriff der "Waffen vergleichsweise extensiv aus. Deshalb kommt selbst der Einsatz von Frauen in Truppengattungen der Kampfunterstützung, wie etwa in Nachschub- oder Instandsetzungseinheiten nicht in Frage.⁵⁷ Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist lediglich für weibliches Sanitätspersonal zugelassen. Obwohl ihnen der Gebrauch von Handfeuerwaffen zum persönlichen Schutz erlaubt ist, gelten weibliche Sanitätssoldaten (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) als vom Verbot des Artikels 12a des Grundgesetzes nicht betroffen. Gegenwärtig dienen rund 800 Frauen als freiwillige Soldatinnen in der Sanitätstruppe. Seit 1989 können sie wie ihre männlichen Kameraden als Rekruten in die Bundeswehr eintreten, um dann ihre laufbahnspezifische militärische und fachliche Ausbildung zu erhalten. Vor 1989 konnten Frauen Sanitätsoffizier nur werden, wenn sie bereits approbierte Ärztinnen (auch Zahn-, Tierärztinnen bzw. Apothekerinnen) waren. Nach bisher vorliegenden empirischen Erkenntnissen kann die Integration dieser Soldatinnen in die "Männerdomäne" Bundeswehr als gelungen gelten.⁵⁸

5. Deutsche Streitkräfte nach dem Ende des Kalten Krieges

Die Zeit nach Ende des Kalten Krieges, Moskos folgend, eine "kriegsarme" Gesellschaft zu nennen soll nicht heißen, daß Konflikte in Zukunft unwahrscheinlich werden. -Das Erlöschen des klassischen Ost-West-Konfliktes wird - das ist absehbar einer Revitalisierung traditioneller, längst erloschen geglaubter Auseinandersetzungen Vorschub leisten. An die Stelle der in Europa 45 Jahre dominierenden Bipolarität der Macht wird eine Multipolarität mit der Möglichkeit bedrohlicher Asymmetrien treten. Alte, neue und neuartige Konflikte (z.B. ethnische, soziale, nationale) sind auf europäischer Ebene trotz aller Entspannungs- und Einigungsbemühungen zu erwarten. Die alten nationalen Grenzen werden nurnmehr bedingt zur Lokalisierung von Kon-

⁵⁷ Allerdings sind etwa 50.00 Frauen als Zivilbeschäftigte in der Administration der Bundeswehr tätig. Sie übernehmen dort durchweg Aufgaben, die in den Streitkräften anderer Länder männliche oder weibliche Soldaten erfüllen.

⁵⁸ Vgl. dazu Swantje Kraake, Frauen zur Bundeswehr - Analyse und Verlauf einer Diskussion. Frankfurt/M., 1992.

fliktfeldern taugen, denn die vielfältigen Probleme der "Risikogesellschaft", lassen sich nicht mehr auf geographische Areale beschränken.⁵⁹

Trotz dieser wenig optimistischen Einschätzung ist es wohl nicht falsch, von einer kriegsarmen Gesellschaft zu sprechen, weil viele oder die meisten der sich abzeichnenden Konflikte sich nur mit nichtmilitärischen Mitteln eindämmen oder kontrollieren lassen. Das Militär wird dabei allenfalls eine nachrangige, ordnende und bewahrende, eine "Constabulary" Funktion⁶⁰ haben.

5.1 Gesellschaftliche Funktionserwartungen an die Streitkräfte

Eine derartige Aufgabenverschiebung des Militärs hin zur Aufrechterhaltung des Status Quo bzw. zur Friedensförderung begründet sich sowohl aus der Natur wahrscheinlicher Konflikte als auch aus der Delegitimierung militärischer Hochrüstung sowie des Krieges als Mittel der Konfliktbewältigung. Politische und ökonomische Konfliktlösungspotentiale gewinnen an Bedeutung, obwohl trotz allem eine nukleare Abschreckung als strategische Hintergrunddoktrin weiter bestehen wird. Konzeptuelle Alternativen sind nicht in Sicht: Die Nuklearwaffen bleiben erfunden, auch wenn sie künftig nurmehr dem "selektiven Ersteinsatz" vorbehalten sind und das "letzte Mittel" im strategischen Kalkül darstellen.⁶¹

Vom Soldaten verlangt diese Situation eine Art strukturelle psychische Dissoziation. Auf der einen Seite steht er unter dem Erwartungsdruck, sich zu pazifizieren. Friedensbewahrende Überwachungsaufgaben (Peace-keeping-Einsätze) im Auftrag der UNO, die wohl auf die Bundeswehr zukommen, machen dies deutlich. Auf der anderen Seite sollen die herkömmlichen "war fighting capabilities" beibehalten werden.

Ein weiterer struktureller Widerspruch zeichnet sich ab. Denn einerseits schätzt die Bevölkerung die Eintrittswahrscheinlichkeit und Gefährlichkeit ökologischer Risiken höher als die von gewaltsamen Konflikten.⁶² Damit verliert das Militär an öffentlicher Legitimation. Andererseits verlangt die Bevölkerung weiterhin nach effektiven Streitkräften, weil diese in der Wahrnehmung großer Teile der Bevölkerung den Wert und den Fortbestand der Lebensordnung symbolisieren⁶³: Der Wert der Gesellschaft bestimmt sich nach der üblichen Logik auch durch den Aufwand, den man in Form eines modernen Militärs betreibt, um die Gesellschaft vor einer Zerstörung zu schützen. Solange eine arbeitsteilig organisierte Gesellschaft die Rolle des Wächters oder Kriegers vergibt, solange bleibt dem Soldaten auch die Aufgabe zugewiesen, diese Werthaftigkeit zu repräsentieren und der Gesellschaft zu vermitteln.

Über den zukünftigen konkreten Auftrag deutscher Streitkräfte ist das letzte Wort allerdings noch nicht gesprochen. Weitgehend festgelegt und öffentlich akzeptiert sind eine militärische Grundsicherung, eine nach wie vor feste Einbindung in die NATO

⁵⁹ Vgl. J. J. Mearsheimer, a.a.O.

⁶⁰ So von Morris J. Janowitz bereits 1960 vorhergesehen, vgl. *The professional soldier*, Glencoe, Illinois 1960.

⁶¹ Vgl. Klaus Wittmann, Zur Entwicklung der künftigen NATO-Strategie, In: Gerd Kaldrack/Paul. Klein (Hrsg.), *Die Zukunft der Streitkräfte angesichts weltweiter Abrüstungsbemühungen*. A.a.O

⁶² Vgl. etwa für Österreich: Bundesministerium für Landesverteidigung, a.a.O., 45.

⁶³ Vgl. Ekkehard Lippert/Günther Wachtler, *Militärische Arbeit als Produktion von Sicherheit*. In: Wolfgang Vogt (Hrsg.), *Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise*, Baden-Baden 1983, 261 ff.

sowie Verifikationsaufgaben im Zuge von Abrüstungsprozessen. Eine Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Ordnungstreitkräften der UNO oder an einer multinationalen Europäischen Eingreiftruppe z.B. der Westeuropäischen Union (WEU) wird immer noch kontrovers diskutiert. Im Grunde besteht jedoch politischer Konsens darüber, daß Bundeswehreinheiten für peace-keeping-Einsätze im Auftrag der UNO auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes zur Verfügung stehen sollten. Strittig ist, ob dafür eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich ist. ob die Bundeswehr darüber hinaus auch an Kampfeinsätzen außerhalb der NATO-Gemeinschaft teilnehmen soll, ist nach wie vor heftig umstritten, wobei Befürworter und Gegner in allen politischen Lagern zu finden sind. Auch eine Mitwirkung, wenn nicht gar eine tragende Rolle deutscher Streitkräfte im nationalen und internationalen Katastrophen-, Umwelt- und Naturschutz wird bislang noch kontrovers diskutiert.

Der Bundeswehr andere als militärische Aufgaben zu übertragen, ihr gewissermaßen sekundäre Funktionen aufzuerlegen, begegnet grundsätzlichen Bedenken. Den Widerspruch etwa, ausgerechnet vom Militär im Frieden Schutz und Bewahrung der Umwelt und Natur zu erwarten, die es im Krieg auftragsgemäß schädigt, ist argumentativ nur schwer aufzulösen. Zwar sind militärische Organisationsformen grundsätzlich geeignet, technisches Gerät und umfangreiche manpower schnell und konzentriert auch für nicht-militärische Zwecke einzusetzen. Aber militärische Arbeit ist nach wie vor durch "Befehl und Gehorsam" gekennzeichnet und geht mit dem "Verzicht auf einen Teil der bürgerlichen Grundrechte"⁶⁴ einher. Wo Aufgaben anstehen, die mit weniger einengenden Organisationsmustern zu bewältigen sind, stehen militärische Strukturen unter Begründungszwang. Um die Argumentation zuzuspitzen: der Bundeswehr andere als militärische Aufgaben zu übertragen wäre mit einer gesellschaftlich umstrittenen Militarisierung der betroffenen Institutionen gleichzusetzen.

Praktisch-politisch würde es ohnehin-nur mit Schwierigkeiten möglich sein, der Bundeswehr nicht-militärische Aufgaben im Inneren zu übertragen. Denn tatsächlich "ist das sozio-ökonomische Feld fast vollständig von zivilen Organisationen besetzt, die gegenüber Eingriffen rivalisierender Einrichtungen unaufhörlich auf der Hut sind".⁶⁵ Im Zivil- und Katastrophenschutz engagieren sich in Deutschland neben der öffentlichen Bundesanstalt Technisches Hilfswerk THW (die seinerseits auf Zivildienstleistende angewiesen ist) private Organisationen⁶⁶ sowie die Berufsfeuerwehren. Bei humanitären Hilfsaufgaben geriete die Bundeswehr zusätzlich in Konkurrenz zu den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und ihren Mitgliedseinrichtungen.⁶⁷

Eine Funktionserweiterung der Bundeswehr vom militärischen Kernauftrag weg, eine Diversifizierung des Auftrages, würde sich vermutlich recht schnell dem Vorwurf aussetzen, vor allem der Ausweitung militärischer Strukturen zu dienen. "Die Aneignung

⁶⁴ "Der Staatsbürger in Uniform ist wegen seiner gesetzlichen Pflichten in einigen Grundrechten Einschränkungen unterworfen", Peter Barth / Otto Freundl, Curriculum "Friedenssicherung in Europa". In: Peter Barth (Hrsg.), Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft, a.a.O., 234, die eine anschauliche Auflistung der betroffenen Grundrechte bieten.

⁶⁵ Van Doorn, a.a.O., 57. Zur Struktur der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege in der Bundesrepublik vgl. Jürgen Kuhlmann, National Service - policy and programs. The case of West Germany. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier, 1990.

⁶⁶ Im wesentlichen: Arbeitersamariterbund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter Unfallhilfe (JUH) und Malteserhilfsdienst (MHD).

⁶⁷ Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonisches Werk, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz.

nicht-militärischer Ziele durch das Militär ... (würde) ... als durchsichtiger Versuch ge-
deutet ..., eine offenbar überflüssige und kostspielige Einrichtung am Leben zu hal-
ten."⁶⁸

Mit gutem Grund wird die Bundeswehr wohl auch in Zukunft, wie der sprichwörtliche
Schuster, bei ihrem militärischen Leisten bleiben. Wie immer auch die konkrete *Or-
ganisationsform* der für die militärischen Aufgaben benötigten Truppen aussehen
mag, eines scheint sicher: Der Friedensumfang der Bundeswehr wird weiter
schrumpfen - auf eine Stärke wesentlich diesseits der ab 1995 festgeschriebenen
370.000 Soldaten. Öffentlich noch weitgehend tabuisiert, schälen sich Größenvor-
stellungen von etwa 200.000 Soldaten heraus: Eine Rumpf-Streitkraft ("small is
beautiful") von etwa der Hälfte des derzeitigen *Planungsumfangs liegt* durchaus in
Reichweite des Möglichen.⁶⁹

5.2 Allgemeine Wehrpflicht auf immerdar ?

Für eine Beibehaltung der Wehrpflicht in ihrer herkömmlichen und gegenwärtigen
Form sind militärisch, ökonomisch und gesellschaftlich kaum noch schlüssige Argu-
mente zu finden. Dennoch ist die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht nicht ein-
deutig zu beantworten. Bundesregierung und führende Politiker aller (1) demokrati-
schen Parteien bekräftigen zwar stets aufs neue, daß auch absehbare internationale
militärische Verpflichtungen der Bundeswehr die Wehrpflicht nicht in Frage stellen
würden.⁷⁰ Diese öffentlichen Verlautbarungen verlieren jedoch zunehmend an
Glaubwürdigkeit, weil sie meist unkritisch jene Begründungen für eine Wehrpflicht
wiederholen, die inzwischen als inhaltlich widerlegt gelten dürfen.⁷¹

Trotzdem wird man derartigen offiziellen Bekundungen wohl einige prognostische
Valenz zuweisen dürfen. Zum einen wird die militärische Führung bis 1995 ohnehin
ihre ganze Aufmerksamkeit der geplanten Reduzierung der Bundeswehr widmen
müssen. Zum anderen spricht auch der Zeitverlauf, den politische Entscheidungen
gemeinhin benötigen, eher dagegen, die Wehrpflicht bis 1995 zur Disposition zu
stellen.

Es bedarf jedoch keiner ausgeprägten prophetischen Begabung, um für die Zeit
danach grundlegende Änderungen der Wehrstruktur und damit auch der Wehrpflicht
vorherzusagen. Schon 1973 hatte die Wehrstruktur-Kommission der damaligen

⁶⁸ Van Doorn, a.a.O., 57.

⁶⁹ Erstmals hat der Generalinspekteur der Bundeswehr nun auch öffentlich eine mögliche Friedens-
stärke der Bundeswehr von etwa 250 000 Freiwilligen erwähnt - eine Größenordnung, die unter Ex-
perten auch des Verteidigungsministeriums mittlerweile als Obergrenze gilt. Vgl. o.V., Naumann lehnt
Berufsarmee ab, Süddeutsche Zeitung vom 28.9.1992. Allerdings prognostiziert *Naumann in* Überein-
stimmung mit der regierungsoffiziellen Position, daß eine Freiwilligenarmee dieser Stärke wegen Re-
kruitierungsschwierigkeiten "endgültig" den "völligen Kollaps" der Bundeswehr bedeuten könne.

⁷⁰ So etwa kürzlich wieder - konzentriert zusammengefaßt - in: Das Parlament, Nr. 37 vom 4.9.1992.

⁷¹ Vgl. Kapitel 4.4 dieser Arbeit. Inzwischen hat sich die von der Bundesregierung eingesetzte "Unabhängige
Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr" von einigen wesentlichen Argumenten verabschiedet,
die in den letzten Jahren immer wieder stereotyp von führenden Politikern aller Couleur zugunsten der Wehrpflicht
ins Feld geführt wurden. Besonders die zählbaren Thesen von der "Unverzichtbarkeit der Wehrpflicht in einer
Demokratie" und von der "Staat-im-Staat-Mentalität von FreiwilligenArmeen" hat die Kommission in ihrem Bericht
erstaunlich deutlich differenziert. (Vgl. Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Abschlußbericht und Empfehlun-
gen, Bonn 24.9.1991, 21.) Allerdings bleibt abzuwarten, in welchem Umfang diese Erkenntnis in die öffentliche
politische Diskussion Einzug halten wird. Schon die Wehrstrukturkommission des Jahres 1972 (1) hatte ähnliche
Feststellungen getroffen, ohne dadurch die öffentlich geäußerten politischen Argumente beeinflußt zu haben.

Bundesregierung empfohlen, "im Falle einer wesentlichen Veränderung der sicherheitspolitischen Lage, die eine beträchtliche Verringerung der Präsenz ermöglicht, die Frage der Umwandlung der Bundeswehr in Freiwilligen-Streitkräfte" abermals zu prüfen. Denn "Freiwilligen-Streitkräfte sind leistungsfähig und kosteneffektiv. Sie sind nicht mit den Problemen von Wehrpflicht-Streitkräften belastet. Es gibt keine Wehrungerechtigkeit, und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verliert seine Relevanz. Freiwilligen-Streitkräfte entsprechen einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft am besten."⁷²

Allerdings stehen einige Voraussetzungen für eine rationale Entscheidung gegenwärtig noch aus. So ist ein militärstrategisches Konzept, das absehbaren Bedrohungsszenarien gerecht wird, längst noch nicht zu Ende diskutiert. Welchen Aufgaben sich deutsche Streitkräfte in Zukunft zu stellen haben, steht drei Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch nicht fest. Ebenso wenig ist grundsätzlich geklärt, welches Budget die deutsche Gesellschaft für ihre Verteidigung aufwenden will und in Zukunft noch kann.

Das Schicksal der allgemeinen Wehrpflicht ist vor allem an den tatsächlichen Personalumfang der Streitkräfte nach 1995 gebunden. Schon gegenwärtig bereitet es erhebliche Schwierigkeiten, die Illusion einer gerechten Verteilung der Wehrlast aufrechtzuerhalten. Nach dem Beitritt der neuen Bundesländer haben nämlich die Wehrpflichtigenjahrgänge an Umfang zugenommen, während die Zahl der offiziell für erforderlich gehaltenen Dienstposten für wehrpflichtige Soldaten gesunken ist. Je weiter sich mit abnehmendem Personalumfang der Bundeswehr diese Schere öffnen wird, desto stärker wird sich die Bundesregierung der jetzt schon drückenden Herausforderung stellen müssen, Alternativen zum Wehrpflichtsystem zu finden.

Ein Votum gegen die Wehrpflicht wäre allerdings mit der Zwangsfolge befrachtet, auch die sozialen Leistungen abzuschaffen, die bisher vom Zivildienst erbracht werden. Denn der Zivildienst schöpft seine Existenz nicht aus sich heraus, sondern ist nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts "Ableistung der Wehrpflicht mit anderen Mitteln und ohne Waffen".⁷³ Zivildienst ist folglich eine andere Form, der Wehrpflicht nachzukommen.

Wegen dieser engen Koppelung von Wehrdienst und Zivildienst vermuten Kritiker schon lange, daß "die allgemeine Wehrpflicht beibehalten werden muß, um genügend Zivildienstleistende zu haben"⁷⁴.

Daß die sozialen Dienste in Deutschland - wie andere öffentliche Aufgaben auch - marktwirtschaftlich zu organisieren (und zu entlohnen) sind, gilt als allgemein akzeptiert. Die sozialen Dienste dürfen sich jedoch nicht auf sozialen Zwangsdienst stützen, sie brauchen "die engagierte Arbeit von Mitarbeitern der Pflegeberufe, die nicht nur gut ausgebildet, sondern auch gut bezahlt werden müssen. Bei dem Ruf der Politiker nach Eigenverantwortung des Einzelnen und der Betonung der Freiwilligkeit

⁷² Wehrstruktur-Kommission (1972/73), a.a.O., 29

⁷³ Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes Band 48, 165 ff.

⁷⁴ Waldemar Ruez, Hearing der K.A.K.: "Wehrpflicht ohne Zukunft? Alternativen in der Diskussion." In: Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst. Wehrpflicht ohne Zukunft?, a.a.O., 3.

und der Einplanung von ... Zivildienstleistenden ... besteht für die Finanzplaner der eigentliche politische Charme der Kultur dieses Helfens darin, daß sie billig ist".⁷⁵

Wenn in letzter Zeit vorgeschlagen wird, die allgemeine Wehrpflicht und mit ihr den Zivildienst durch einen "allgemeinen Gesellschaftsdienst" zu ersetzen, geht es dabei nicht so sehr "um die Frage nach dem persönlichen Engagement, das unsere Gesellschaft auch von jungen Mitbürgern erwarten darf".⁷⁶ Das Konzept einer allgemeinen Dienstpflicht ist vor allem Reaktion auf die ernüchternde Einsicht, daß man einerseits auf die bisher im Zivildienst erbrachten sozialen Leistungen in Zukunft mehr denn je angewiesen sein wird und daß man andererseits diese Leistungen nicht marktgerecht bezahlen können wird, weil die öffentlichen Finanzmittel dafür nicht ausreichen werden.

Jüngeren empirischen Befunden zufolge würde ein allgemeiner Gesellschaftsdienst (für Männer und für Frauen) jedenfalls nicht von vornherein an einer Ablehnung durch die Bevölkerung scheitern. Im Dezember 1990 hielt etwa jeder zweite Bürger den Sozialdienst in Form des Zivildienstes für wichtiger als den militärischen Dienst.⁷⁷ Eine vergleichbare Tendenz hatte bereits Frühjahr 1990 durchgeführte Pilotstudie bei 18 - 28jährigen Frauen und Männern (allerdings nur in den alten Bundesländern) ergeben. Jeder zweite Jugendliche begrüßte die Idee eines Gesellschaftsdienstes, nur 26 % waren dagegen.⁷⁸ Auch hier zeigte sich, daß vor allen anderen Optionen besonders der Wehrdienst von den Jugendlichen abgelehnt wird.⁷⁹

Eine Entkoppelung von Wehrpflicht und Zivildienst mit Hilfe eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes könnte eine rationale Entscheidung über das Fortbestehen der Wehrpflicht jedenfalls befördern. Zögernd, aber immer häufiger öffentlich vernehmbar, kündigt sich für die Zeit nach 1995 eine Wehrstruktur an, die tatsächlich von der herkömmlichen Form der Wehrpflicht Abschied nehmen wird. "Das Wehrsystem der Zukunft muß ein duales sein": eine Mischform aus einer professionellen Armee, "zusammengesetzt aus Berufssoldaten und 'Zeitfreiwilligen', sowie eine Miliz der Heimatverteidigung, bestehend aus ehemaligen Angehörigen der Berufsarmee und aus jungen Männern... (und Frauen?, Anm.d.V.) die aus Neigung und wegen materieller Anreize" zur Bundeswehr kommen.⁸⁰

5.3 Nach Vereinigung und Golfkrieg:

⁷⁵ B. Hinterkeuser, Die allgemeine Wehrpflicht und die sozialen Dienste, ebenda 20.

⁷⁶ Dieter-Julius Cronenberg, Pflicht zum sozialen Jahr für Jungen und Mädchen? DIE WELT, 24.9.1990, 4.

⁷⁷ Bundeswehr wichtiger: 22%; weiß nicht: 23%. Vgl. Karl Hegner/Georg Leyh, Mehrthemen-Umfrage des SWInstBw, Frage 7.

⁷⁸ Weiß nicht: 19 %. Vgl. Heinz-Ulrich Kohr, Wehrdienst als Teil eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes? Überlegungen und Ergebnisse einer Pilot-Studie zur gesellschaftlichen Engagementbereitschaft von 18 28jährigen Männern und Frauen. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier Nr. 42/1990. Eine Wiederholung der Untersuchung im Jahre 1991 in allen sechzehn Bundesländern kam zu ähnlichen Ergebnissen. Der empirische Befund ist allerdings insofern zu relativieren, als die Befragten mit einem Problem konfrontiert wurden, zu dem in den letzten Jahren eine öffentliche Diskussion kaum stattfand. Der Reiz der Situation bestand jedoch darin, daß die befragten Jugendlichen "spontan und unvoreingenommen auf dem Hintergrund ihres eigenen soziopolitischen Bewußtseins" reagierten. Vgl. a.a.O., 6.

⁷⁹ Vgl. Kohr, a.a.O., 11 und 23. Zur Wahl standen neben dem Wehrdienst folgende weitere Optionen: Krankenbetreuung, Entwicklungshilfe, Altenbetreuung, Behindertenbetreuung, Umweltschutz/Beseitigung von Umweltschäden, Kinderbetreuung. Vgl. a.a.O., 7.

⁸⁰ Kurt Kister/Paul Klein, Keine Zukunft für die Wehrpflicht? In: Paul Klein (Hrsg.), Wehrpflicht und Wehrpflichtige heute, Baden-Baden: 127 ff.

Die Bundeswehr auf der Suche nach einer Identität

Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten hat besonders der Golfkrieg im Frühjahr 1991 offengelegt, wie sehr das Selbstverständnis der Bundeswehrsoldaten ins Wanken geraten ist. Selbst mit den "schmerzhaften Geburtswehen" beim Entstehen gesamtdeutscher Streitkräfte in Beschlag genommen, hatte die Bundeswehr zunächst dem Ausland den Argwohn zu nehmen, sie wolle sich zu einer neuen, Europa dominierenden Militärmacht entwickeln. Wenig später konfrontierte der Golfkrieg die deutschen Streitkräfte mit den Forderungen desselben Auslandes, sich aktiv am gemeinsamen Militäreinsatz zu beteiligen.⁸¹ Der politische Souverän -Parlament und Regierung -, dessen Primat sich die Soldaten bisher unterordneten, konnte den Widerspruch nicht auflösen, blieb den Soldaten die geforderte Orientierung schuldig. Seitdem wollen Regierungs- und Oppositionsparteien Auftrag und internationale Rolle der deutschen Streitkräfte nach wie vor unterschiedlich definieren.

Die heftig umstrittene Rechtmäßigkeit eines militärischen (Kampf-) Einsatzes deutscher Soldaten außerhalb der Landes- und Bündnisgrenzen und/oder im Auftrag der Vereinten Nationen oder der KSZE lenkt von der eigentlichen Frage ab, welchen Sinn die Bundeswehr noch haben kann, nachdem die Bedrohung aus der Zeit des Kalten Krieges entfallen ist. Seit Mitte der 60iger Jahre hatte die Bundeswehr an der Systemgrenze zwischen Ost und West als Teil der NATO den potentiellen Gegner von einem militärischen Angriff abhalten sollen, indem sie permanent Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft -eben Abschreckung - erzeugte und demonstrierte. Diesen Auftrag sieht die Bundeswehr erfüllt: "Das deutsche Heer hat gemeinsam mit den Armeen unserer Verbündeten mehr als 35 Jahre einen bedeutsamen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Freiheit geleistet - darauf sind wir stolz".⁸²

Unversehens fordern die Regierungsparteien nun von der Bundeswehr, angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ihren ursprünglichen Kriegsverhütungsauftrag abzulegen. "Auf einem im Umbruch befindlichen und unruhigen Kontinent"⁸³ sollen deutsche Streitkräfte "auch in Zukunft zur Landesverteidigung ... (beitragen) ... "und zur Wahrung der territorialen Souveränität im kollektiven Verteidigungsbund" der NATO, "der Vereinten Nationen, möglicherweise auch der EG/WEU und künftiger KSZE-Verpflichtungen ... militärische Beiträge zur internationalen Sicherheit leisten".⁸⁴

Bisher hatte die Bundeswehr als "Friedensarmee" ihre Legitimation daraus gewonnen, die Anwendung militärischer Macht zu verhindern. Der Abschreckungsauftrag und mit ihr die Bundeswehr hätten im Grunde versagt, wenn es zu kriegerischen Handlungen gekommen wäre. Fortan soll sich die Bundeswehr nun selbst in der Rolle einer Schutz- und Ordnungsmacht, gar als weltweit aktive Interventionstruppe verstehen, die militärische Gewalt androht, um lebenswichtige Interessen durchzu-

⁸¹ Vgl. ähnlich: Truppenpraxis 3/91, 304.

⁸² Inspekteur des Heeres: Das deutsche Heer - die Armee der Einheit. Die jüngsten Erfolge - Konsequenzen für die Zukunft. Vortrag anlässlich des Treffens der gepanzerten Truppen in Munster am 16. November 1991. Manuskript, 25.

⁸³ Ebenda

⁸⁴ Unabhängige Kommission für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr. A.a.O., 25.

setzen.⁸⁵ "Der Einsatz militärischer Machtmittel zur Durchsetzung politischer Ziele kann leider auch in Europa und seinen Nachbargebieten in Zukunft nicht ausgeschlossen werden".⁸⁶

Es darf bezweifelt werden, ob das in langen Jahren gewachsene Berufsverständnis der Bundeswehrsoldaten, nämlich "der Bundesrepublik treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen"⁸⁷, derartige Aufgaben mit einschließt. Angesichts der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges wollte die Philosophie des Grundgesetzes und der deutschen Wehrgesetze im Gegenteil militärische Gewalt deutscher Streitkräfte zu anderen Zwecken als denen der Verteidigung des eigenen und des NATO-Territoriums ein für alle Mal ausgeschlossen wissen.⁸⁸ Die Soldaten selbst fragen, ob die "alte Geschäftsgrundlage" - ihr Vertrag mit dem Dienstherrn - sie auch zu anderen als Verteidigungsaufgaben verpflichtet. "Man müßte jedem Zeit- und Berufssoldaten die Chance geben, darüber nachzudenken, ob er bereit ist, den neuen Auftrag der Bundeswehr mitzutragen. Diese Frage muß jetzt gestellt und beantwortet werden, nicht erst, wenn ein Einsatz unmittelbar bevorsteht. Das wäre ein wesentlicher Beitrag zur Selbstfindung der Bundeswehr."⁸⁹ "Hier werden wir wie beliebig verfügbare Söldner behandelt, und das ärgert mich, auch wenn ich von der Sache her der Notwendigkeit zustimme, unseren Auftrag zu verändern"⁹⁰

Nicht in der Lage, das Grundgesetz nach eigenen Vorstellungen zu ändern dazu sind die Stimmen der Opposition nötig⁹¹ -, ändert die Bundesregierung statt dessen die Verfassungspraxis: "Stück für Stück schiebt sie die Grenzen hinaus, die sie von der freien Verfügung über die Bundeswehr trennt. Sie schafft Präzedenzfälle und sucht Gewohnheitsrecht zu etablieren. Im Golf haben deutsche Soldaten Minen geräumt, im Iran kurdische Flüchtlinge versorgt, in Kambodscha leisten sie Sanitätshilfe - alles löbliche Aktivitäten, sämtlich auf schwankendem Rechtsgrund".⁹² "Gegenwärtig erleben wir

nicht etwa den Versuch, eine friedenspolitische und menschenorientierte Rolle Deutschlands zu definieren und für sie einen breiten gesellschaftlichen Konsens zu suchen. Sondern es wird der Versuch unternommen, die 'Kultur der Zurückhaltung,

⁸⁵ "Es wird das Bild einer Armee entworfen, die den Welthandel aufrechterhält, global den Zugang zu strategischen Rohstoffen sichert und allenthalben für Stabilität sorgt". O.V., Die Bundeswehr im Alleingang, Süddeutsche Zeitung, 13.2.1992, 4.

⁸⁶ Fernschreiben Bundesminister der Verteidigung vom 11.1.1992, 4.

⁸⁷ Soldatengesetz, § 7.

⁸⁸ Vgl. zur ambivalenten Einschätzung der eigenen gegenwärtigen beruflichen Situation durch Heeres-Kommandeure: Georg-Maria Meyer, Armee im Umbruch. A.a.O., 144 ff.

⁸⁹ Ebenda, 153.

⁹⁰ Ebenda, 154. Wie sehr dieses Problem der Bundeswehrführung tatsächlich unter den Nägeln brennt, mag man daran erkennen, daß es den Jugendoffizieren in einem der Wehrbereiche untersagt wurde, die neue "Geschäftsgrundlage" öffentlich zu debattieren.

⁹¹ Gleichwohl haben "Rechtskundelehrer" in der Truppe die offizielle Meinung zu vertreten, das Grundgesetz in der derzeitigen Fassung lasse erweiterte Kampfaufgaben der Bundeswehr zu. Während eines politischen Bildungsseminars am Zentrum für Innere Führung in Koblenz im Oktober 1992 wurden die teilnehmenden Soldaten erst von Außenstehenden darauf verwiesen, daß diese Position zumindest umstritten sei.

⁹² Richard Mutz, Zurück zum Faustrecht? Der Spiegel, 31/1992, 35. Der Generalinspekteur der Bundeswehr richtete seinen Tagesbefehl zum Jahreswechsel 1992/1993 ausdrücklich auch an Bundeswehrsoldaten in Kambodscha, Irak, Bahrein, im früheren Jugoslawien, in Georgien, in Kenia und in der Adria, die dort "Einsatzbereitschaft und treue Pflichterfüllung zeigen". Er selbst werde den Heiligen Abend bei der Truppe in Phnom Penh verbringen.

im Gebrauch militärischer Gewalt aufzulösen. ... Die bisher mehrheitliche Ablehnung erweiterter Bundeswehraufgaben soll schrittweise unterlaufen werden". Die Öffentlichkeit soll daran gewöhnt werden, "daß deutsche Soldaten auch andere Aufgaben haben als die Verteidigung des Territoriums sowie der Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland".⁹³

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die zuvor politisch ausgehandelte Reduzierung der Personalstärke gemeinsamer deutscher Streitkräfte wird - das ist absehbar - zu weiterreichenden Verwerfungen in der Identität der Bundeswehr führen. Die DDR wie die alte Bundesrepublik definierten ihre Identität vierzig Jahre lang im wesentlichen aus ihrer gegenseitigen ideologischen Abgrenzung.⁹⁴ Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs repräsentierten sich die beiden konkurrierenden Lebensweisen in besonderer Deutlichkeit als exponierte Statthalter der antagonistischen politischen Lager. Nach der Vereinigung muß sich eine neue deutsche Identität, ein neues Gesellschaftsbewußtsein, das die ehemalige Gegnerschaft überwindet, erst noch herausbilden.

Eine friktionsfreie Zusammenführung wird kaum zu erreichen sein. Auf Soldaten der ehemaligen NVA in der Bundeswehr völlig zu verzichten wurde die Bundeswehr in den Östlichen Bundesländern als Besatzungsarmee erscheinen lassen. Soldaten der NVA in die Bundeswehr zu übernehmen und Nachwuchs für die Bundeswehr in den neuen Ländern zu rekrutieren bedeutet andererseits, ihre unter anderen, Bedingungen entstandene Lebens- und Lerngeschichte ebenfalls mitzuübernehmen.

Weil "Umerziehungsmaßnahmen" bei Erwachsenen, wie die Pädagogik belegen kann, wenig wirksam sind, werden Elemente des totalitären Menschenbildes des Staatssozialismus auch ihren Eingang in die Bundeswehr finden, ob man das will oder nicht. Auf längere Zeit wird man diesseits und jenseits der alten geographischen und psychologischen Grenzen zwar die gleiche Sprache sprechen, sich aber dennoch kaum verstehen, weil sich hinter den Begriffen unterschiedlich geprägte ideologische Inhalte verbergen.

Daß die zukünftige Bundeswehr eine andere sein wird, ist auch eine Hoffnung. Würde sie die Möglichkeit der bewußten Anpassung an das gewandelte soziale und gesellschaftliche Umfeld nicht nutzen, liefe sie Gefahr, langfristig ohne jede Überlebenschance zu bleiben.⁹⁵ Wie immer distanziert sich der Bürger zu den Streitkräften seines Landes verhalten mag, die Folge wäre fatal: Auch jenen wenigen Sicherheitsbedürfnissen, welche die Bundeswehr heute noch symbolisch abdeckt, könnte dann überhaupt nicht mehr entsprochen werden.

⁹³ Wolfgang Huber, Hat die Wehrpflicht auch in Deutschland ausgedient? Über eine planetarische Verantwortung und neue Aufgaben für die Bundeswehr und NATO. Frankfurter Rundschau, 18.12.1992, 20.

⁹⁴ Vgl. Wilhelm Heitmeier, Wenn der Alltag fremd wird. Modernisierungsschock und Fremdenfeindlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik 36, 1991, 851 ff.

⁹⁵ Vgl. Reinhart Kosellek. Der Einfluß der beiden Weltkriege auf das soziale Bewußtsein. In: Wolfram Wette (Hrsg.), Der Krieg des kleinen Mannes. München, 1992, 324.